Bergischer Volksbote

Amtliches Verkündigungs-Blatt

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- u. Feiertags
Bezugspreis: Monatlich durch unsere Boten gebracht einschließlich aller Beilagen 2 RM

Burscheider Zeitung

für die Stadtgemeinde Burscheid

Anzeigenpreise: 1 mm Höhe u. 45 mm Breite im Anzeigenteil 8, auswärts 12, im Reklameteil (65 mm breit) 30 Rpf — Anzeigen-Rabatt wird nur gewährt bei pünktlicher Zahlung

Beilagen Der Sport vom Sonntag (Montag), Unterhaltungsbeilage (Dienstag), Aus dem Reiche der Frau (Mittwoch) Unterhaltungs-Beilage (Donnerstag), Landmanns Sonntags-Blatt (Freitag), Der Sonntag (Samstag)

Nr. 240 | Redaktion u. Geschäftsstelle Burscheid, Mittelstraße 10 | Burscheid, Mittwoch, 12. Oktober 1932 | Postscheckkonto 28571 Köln Fernsprech-Anschluß Nr. 431 | 72. Jahrgang

Der Verfassungsprozeß in Leipzig

Das Interesse der Oeffentlichkeit am Streitverfahren zwischen Preußen und dem Deutschen Reiche bekundet sich auch am Dienstag durch den starken Andrang von Publikum und Presse.

Reichsgerichtspräsident **Dr. Bumke** sah sich wieder veranlaßt, die Verhandlungsparteien zu

bitten, persönliche Momente aus der Debatte zu lassen.

Die Bereitschaft preuß. Minister zur Mitarbeit — Die Gehaltsfrage

Ministerialdirektor **Dr. Brecht** gab bei Verhandlungsbeginn eine Erklärung ab, in der er betonte, die preußischen Minister (außer dem abberufenen Ministerpräsidenten Braun und Innenminister Severing) würden es im Interesse des Landes nicht abgelehnt haben, mit dem Reichskommissar, jeder für sein Ressort, ebenso zusammenzuarbeiten, wie es jetzt die Staatssekretäre tun, wenn auch unter Aufrechterhaltung ihrer Rechtsverwahrung. In diesem Sinne hätten sich mehrere der Minister bereits in der Frühe des 20. Juli geäußert.

Ministerialdirektor Dr. Brecht erklärte namens des Ministerpräsidenten, daß die Behauptung, Ministerpräsident Braun habe sich dadurch befriedigt erklärt, daß sein Gehalt voll weitergezahlt würde, unwahr sei.

Ministerialdirektor **Dr. Gottheiner** meint gegenüber den Ausführungen Dr. Brechts über die Bereitschaft der Minister zur Mitarbeit mit dem Reichskommissar, daß diese Darlegungen keine völlige Klärung im Sinne einer Bejahung der gestrigen Frage des Vorsitzenden bedeuten könnten, denn Herr Brecht habe nur von der Bereitwilligkeit der Mitarbeit der Minister für die einzelnen Ressorts gesprochen, was ungenügend wäre. Was die Gehaltszahlungen anlangt, so habe ich, betont Dr. Gottheiner, gestern erklärt, der preußische Ministerpräsident hat alsbald nach der Eröffnung, daß er von der Ausübung der Obliegenheiten seines Amtes entbunden sei, eine Feststellung nach der Richtung treffen lassen, wie es denn mit seinem Gehalt wäre. Daß diese Anfrage auf Veranlassung der Rechtsvertretung des Ministerpräsidenten erging, war mir nicht bekannt. Mir wurde mitgeteilt, daß der Ministerpräsident sich dem Büro des Staatsministeriums sehr befriedigt darüber ausgesprochen habe, daß das Gehalt voll gezahlt würde.

Reichsgerichtspräsident **Dr. Bumke** betonte, er sei überzeugt, daß es Ministerialdirektor Gottheiner ferngelegen habe, Andeutungen zu machen, als sei die Gehaltsfrage für den Ministerpräsidenten Braun das einzig Wesentliche an der ganzen Sache, und daß auch er der Meinung sei, daß bei einer Persönlichkeit wie dem Ministerpräsidenten Braun eine derartige Unterstellung nicht am Platze wäre. (Ministerialdirektor **Gottheiner** nickt bejahend.)

Um die Zeugen

Präsident **Dr. Bumke** bemerkte weiter zu den verschiedenen Zeugenbenennungen, dem Staatsgerichtshof fehle, auch wenn er noch so souverän sei, die prozessuale Berechtigung, Parteien, wie z. B. den Minister Severing, den Reichskanzler von Papen, als Zeugen zu vernehmen. Was die Beziehungen zwischen der Regierung von Papen und den Nationalsozialisten betreffe, scheine es kaum bestreitbar zu sein, daß Einigkeit zwischen der Regierung von Papen und den Nationalsozialisten bestand, daß mit der preußischen Regierung Schluß gemacht werden müsse. Er zweifle daran, ob eine Zeugenvernehmung in diesem Punkte weiter führen würde. Dies würde nur dann der Fall sein, wenn die Behauptungen, über die die Zeugen vernommen werden sollen, in sehr präziser Form vorgetragen werden.

Professor Dr. Heller, der Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion des Preußischen Landtags, präzisierte das Beweisthema für die Zeugenvernehmung dahin, daß von vornherein die Regierung von Papen mit der NSDAP Abmachungen über die Beseitigung der preußischen Regierung getroffen habe. Mit der Ladung maßgebender Mitglieder des Herrenklubs solle bewiesen werden, daß von einer unabhängigen und unparteiischen Regierung, die nur die Bürgerkriegssituation bekämpfen wollte, gar keine Rede sein könne, daß vielmehr sehr klare parteipolitische Abmachungen bestanden.

Ministerialdirektor **Dr. Badt** erklärte, daß die Beseitigung der preußischen Regierung nur der Schlußstein eines Planes sei, der seit zehn Jahren in Kreisen des Reichswehrministeriums besprochen worden sei und er auch Lieblingsplan des Generals von Schleicher war, nämlich den Dualismus Reich—Preußen mit Hilfe des Artikels 48 zu beseitigen.

Namens der Reichsregierung ...

Der Vertreter der Reichsregierung, Ministerialdirektor **Gottheiner,** erklärte dazu u. a.: Ich habe bereits gestern gesagt, daß die Reichsregierung durch keinerlei Abmachungen oder Abkommen zu einem Einschreiten gegen Preußen sich verpflichtet hatte. Ich muß heute nochmals

namens der Reichsregierung erklären, daß sie sich in freier und verantwortungsbewußter Entscheidung zu dem entschlossen habe, was am 20. Juli geschehen ist.

Die Entwicklung ging dahin, und zwar eben deswegen, weil wir uns tatsächlich in einer Bürgerkriegslage und in einer Konfliktslage befunden haben. Der Entschluß der Reichsregierung wurde bekräftigt, als Minister Severing in den Tennishallen in Berlin ausrief: „Jagen wir die Reichsregierung davon!" Insbesondere waren aber für die Entscheidung der Reichsregierung die unglaublichen Ereignisse in Altona am 17. Juli maßgebend. Ich muß mit aller Energie gegen die Unterstellung protestieren, als ob nicht die Erwägung der Schaffung von Ruhe und Ordnung für die Reichsregierung in entscheidendem Umfange maßgebend gewesen wäre.

Nach einem Einwurf Dr. Brechts betonte **der Reichsgerichtspräsident,** es sei kein Zweifel, daß Besprechungen zwischen Nationalsozialisten und der neuen Reichsregierung nahestehenden Persönlichkeiten damals stattgefunden hätten, und daß sich daran gewisse Erwartungen der Nationalsozialisten geknüpft hätten.

Prof. **Heller** wendet sich gegen das Dementi des Ministerialdirektors Gottheiner, wonach die Reichsregierung keine Verhandlungen mit den Nationalsozialisten über das Vorgehen gegen Preußen gepflogen habe. In dieser Form werde auch die Behauptung gar nicht aufgestellt. Nicht die Reichsregierung in corpore, wohl aber einzelne Reichsminister hätten entsprechende Verhandlungen mit Verabredungen geführt.

Damit ist die Erörterung der tatsächlichen Vorgänge vor dem 20. und am 20. Juli beendet.

Präsident Bumke weist darauf hin, daß innerhalb der Verhandlung der tatsächlichen Vorgänge nunmehr geprüft werden soll,

was durch die Verordnung vom 20. Juli entstand

In seinem einleitenden Vortrag zu dem neuen Verhandlungsabschnitt erklärt **Dr. Brecht** u. a., aus verschiedenen Erklärungen der Vertreter der Reichsregierung zur Verordnung ergebe sich eindeutig, daß es der Reichsregierung auf eine endgültige Absetzung und Beseitigung des Kabinetts Braun angekommen sei. Erst einige Tage später, als sich ergeben habe, daß das Reich zu dieser Absetzung gar nicht befugt sei, habe die Reichsregierung sich darauf beschränkt, von einer Suspendierung der Amtsausübung zu sprechen. Dr. Brecht schilderte dann, daß der Reichskommissar sofort nach seiner Einsetzung 34 preußische Beamte zur Disposition gestellt und 10 Beamte zwangsweise beurlaubt habe. Daß es sich dabei nicht lediglich um Maßnahmen zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit handele, ergebe sich u. a. daraus, daß auch überparteiliche und anerkannte Sachverständige gehen mußten. Besonders wendet er sich dagegen, daß noch vor kurzem der Reichskommissar die endgültige Ernennung z. B. des Staatssekretärs im Staatsministerium vollzogen habe, der auch Reichsratsvertreter sei. Gerade die Frage der Vertretung des Landes im Reichsrat gehöre zu den strittigsten Dingen des jetzigen Streites vor dem Staatsgerichtshof. Dieses Vorgehen bedeute daher eine Vorwegnahme der Entscheidung des Staatsgerichtshofes. Da unsere Sorge nicht behoben ist, so sagt Dr. Brecht, halten wir es für nötig, daß der Staatsgerichtshof durch einstweilige Verfügung bestimmt, daß vorläufig weitere Ernennungen unterbleiben. Vielleicht findet aber der Präsident des Staatsgerichtshofes, um eine Verzögerung des Verfahrens zu vermeiden, einen anderen Weg, um festzustellen, daß es nicht nötig wäre, eine solche Verfügung zu erlassen. Auch aus der Verordnungspraxis der kommissarischen Regierung, insbesondere aus dem Erlaß der Badeverordnung, die mit sofortiger Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit nichts zu tun habe, sondern erst im nächsten Jahr aktuell werde, zieht Dr. Brecht den Schluß, daß der Reichskommissar seine Befugnisse überschreite.

Ministerialdirektor **Gottheiner** erklärt u. a. über die Frage, was denn die kommissarische Regierung sei, folgendes: Durch die Verordnung vom 20. Juli 1932 sind gemäß Artikel 48 der Reichsverfassung besonders geartete Ersatzorgane für den preußischen Ministerpräsidenten, die preußischen Staatsminister und damit das preußische Staatsministerium vom Reiche auf vorübergehende Dauer und unter Vorbehalt des Widerrufs zur Ausübung der Landesgewalt bestellt worden. Dadurch, daß diese Ersatzorgane ihre Befugnis von reichsrechtlicher Grundlage ableiten, ergeben sich einige Modifikationen. Die Ersatzorgane handeln im Namen des Landes.

Zu Beginn der Nachmittagssitzung verliest Dr. Brecht eine

Erklärung des Ministers Severing:

„Ich habe niemals Herrn von Gayl zu der Einsetzung eines Reichskommissars ermuntert. Ich habe ihm in einem Gespräch lediglich gesagt, daß ich mir sehr wohl denken könne, daß nach den Reichstagswahlen die Zeit reif sein werde, um jenen Plan der Verwirklichung näherzubringen, der im Sommer 1931 zwischen Ministerpräsident Braun und Reichskanzler Brüning erörtert worden ist: in einer Personalunion zwischen Reich und Preußen eine Zusammenlegung der [illegible] herbeizuführen. Ich habe aber andererseits im Gegenteil dringend gebeten, nicht ohne gesetzliche Grundlage einen Reichskommissar einzusetzen. Ich habe späterhin auch eine öffentliche Erklärung über mein Gespräch mit Herrn von Gayl veröffentlicht, als Gerüchte im Gange waren, daß das Reichsinnenministerium die preußische Polizei auf das Reich übernehmen wolle. Ich habe Herrn von Gayl gefragt, ob er die Quelle dieser Gerüchte kenne. Herr von Gayl hat damals verneint und dabei sich noch auf meine Erklärung berufen, daß die preußische Polizei fest in der Hand der Regierung sei. Ein anderes Gespräch über die Einsetzung des Reichskommissars habe ich mit Herrn von Gayl nicht gehabt."

Dem gegenüber verliest Ministerialdirektor Dr. Gottheiner

Innenpolitisches

Der Rechtsausschuß des Landtages fordert Erscheinen des Reichskommissars

Der Rechtsausschuß des Preußischen Landtages behandelte am Dienstag mehrere Anträge. Als in die Beratung eines kommunistischen Antrages eingetreten werden sollte, der sich gegen die Durchführung der zwischen den Ländern getroffenen Vereinbarung über Aenderungen beim Vollzug der Festungshaft wendet, beantragten die Kommunisten die sofortige Herbeirufung des Reichskommissars. Dieser Antrag wurde mit den Stimmen der Kommunisten, Nationalsozialisten und Sozialdemokraten gegen das Zentrum und die Deutschnationalen angenommen. Die Sozialdemokraten ließen erklären, daß ihr Eintreten für den kommunistischen Antrag nicht etwa dahin ausgelegt werden dürfe, daß sie den Reichskommissar anerkennten.

Nach einer kurzen Pause, in der dem Reichskommissar das Ersuchen des Rechtsausschusses mitgeteilt wurde, teilte der Vorsitzende die Antwort des Reichskommissars mit. Dr. Bracht habe erklärt, daß er am Dienstag nicht im Ausschuß erscheinen könne, jedoch bereit sei, bei Vertagung der zu beratenden Angelegenheit in eine spätere Sitzung des Ausschusses zu kommen, wenn er rechtzeitig benachrichtigt werde.

Der Ausschuß beschloß darauf, die Beratung des kommunistischen Antrages auf den 8. November zu vertagen und den Reichskommissar zu dieser Sitzung rechtzeitig einzuladen.

Ein hierauf von den Kommunisten eingebrachter Antrag, das Staatsministerium zu ersuchen, die Durchführung der Vereinbarung des Vollzugs der Festungshaft bis zur Stellungnahme des Landtags zu der vorgesehenen Verordung auszusetzen, fand Annahme.

Ein nationalsozialistischer Antrag, in dem Einwirkung des Staatsministeriums dahin verlangt wird, daß die Listen der Zwangsverwalter und Konkursverwalter so geändert werden, daß der Hundertsatz jüdischer Zwangs- und Konkursverwalter dem Hundertsatz an Juden an der Gesamtbevölkerung Preußens nicht übersteige, wurde abgelehnt.

Auch ein sozialdemokratischer Antrag verfiel der Ablehnung, der sich gegen eine gegen das „Hallesche Volksblatt" gerichtete einstweilige Verfügung wendet

Der Auswärtige Ausschuß gegen die Reichsregierung

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages nahm einen Antrag Dr. Frick (NSDAP.), Dr. Bell Ztr.) und Graf Quadt (Bayer. Volkspartei) an, in dem er feststellt, daß zu der Sitzung mit der Tagesordnung: „Bericht über die Lausanner Verhandlungen, Abrüstungsfrage, Bericht über die Völkerbundstagung" die Regierung wieder ihr Erscheinen ablehnt. U. a. wird in dem Beschluß behauptet, daß die Weigerung der Regierung, dem Ausschuß Rede und Antwort zu stehen, eine schwere Schädigung der außenpolitischen Stellung des Reiches bedeute. Weiter wird von Mißerfolgen der Regierung in Lausanne und Genf gesprochen.

Für diesen Antrag stimmten außer den Antragstellern auch die Sozialdemokraten, die dazu erklärten, es sei eine eigenartige Feier des Harzburger Tages, daß die Sozialdemokraten in die Lage versetzt würden, einem von den Nationalsozialisten gegen eine sogenannte nationale Regierung eingebrachten Antrag zuzustimmen. Die Kommunisten erklärten, daß sie sich an der Abstimmung nicht beteiligen würden.

Der Reichsverkehrsminister über die Zukunft schienengebundener Bahnen

Bei der Jubiläums-Sitzung des Vereins für Eisenbahnkunde ergriff Reichsverkehrsminister Freiherr von Eltz-Rübenach das Wort. Der Minister berührte die Notlage, in die alle Eisenbahnen der Welt heute durch die Wirtschaftskrise und den Wettbewerb neuer Verkehrsmittel geraten sind, und betonte, daß es durchaus unrichtig sei zu behaupten, die schienengebundenen Bahnen hätten den Höhepunkt ihrer Entwicklung bereits überschritten. Gerade die Deutsche Reichsbahn habe während der letzten Jahre in allen Dienstzweigen Verbesserungen und Verfeinerungen vorgenommen und Fortschritte erzielt.

Verbot einer nationalsozialistischen Kundgebung in Berlin

In einem Schreiben des Polizeipräsidenten in Berlin an den Gauvorstand der NSDAP., in dem das Verbot einer nationalsozialistischen Kundgebung im Sportpalast begründet wird, heißt es u. a.:

Von nationalsozialistischer Seite sind in der letzten Zeit seit Beginn des Wahlkampfes zum Reichstag am 6. November zahlreiche Versammlungen politisch Andersdenkender mit dem Ziel der Sprengung gestört worden. Die Häufigkeit der Fälle und die Gleichmäßigkeit bei der Art des Vorgehens der Störer gestattet mit Sicherheit den Schluß, daß die Versammlungsstörungen planmäßig vorbereitet und auf Weisung leitender Stellen der NSDAP. durchgeführt worden sind. Dieses den friedlichen Verlauf des Wahlkampfes in erheblicher Weise gefährdete Verhalten von Anhängern der NSDAP. hat in den ordnungsliebenden Kreisen der Bevölkerung eine tiefgehende Erregung ausgelöst. Da nach den gemachten Erfahrungen ein Teil der Anhänger der Partei ein äußerst undisziplinierten Verhalten an den Tag gelegt hat, muß damit gerechnet werden, daß von einem Teil der Parteimitglieder schon beispielsweise einzelne Zwischenrufe Andersdenkender mit Gewalttätigkeiten beantwortet werden, durch die die öffentliche Sicherheit und Ordnung auf das ernsthafteste gefährdet werden. Das vorliegende Verbot der für den 12. 10. im Sportpalast geplanten Versammlung rechtfertigt sich also auf Grund des § 14 des P. V. G. (Polizeiverordnungsgesetzes) in Verbindung mit Artikel 123 der Reichsverfassung. — Da sich weiter aus den vorstehenden dargelegten Umständen eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit ergibt, ist das Verbot ferner gerechtfertigt durch die Vorschriften des § 1 Abs. 2 der Verordnung des Reichsministers des Innern über Versammlungen und Umzüge vom 28. Juli 1932.

ein Telegramm des Reichsinnenministers von Gayl:

„Etwa Mitte Juni dieses Jahres hatte ich mit Herrn Minister Severing in dessen Amtszimmer eine Unterredung über schwebende polizeiliche Fragen. Im Verlaufe der Unterredung brachte Minister Severing das Gespräch auf die damals in der Oeffentlichkeit umlaufenden Gerüchte über die angeblich von der Reichsregierung geplante Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen. Ueber den Umfang der Befugnisse eines solchen Reichskommissars ist dabei selbstverständlich nicht im einzelnen gesprochen worden. Es unterliegt aber nach meiner bestimmten Erinnerung keinem Zweifel, daß es sich bei dem Gespräch um die weitgehende Maßnahme der Einsetzung eines politischen Reichskommissars für Preußen handelte. Bei dem Gespräch erklärte Minister Severing, er habe sich an dem Geschrei über die angeblich bevorstehende Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen nicht beteiligt, weil er persönlich der Ansicht sei, daß diese Maßregel sich nicht werde umgehen lassen. Im weiteren Verlauf des Gesprächs äußerte Minister Severing mit bezug auf die Einsetzung des Reichskommissars: „Warten Sie nicht mehr lange ab."

Dr. Gottheiner verliest dann Zahlenmaterial zum Nachweis dafür, daß das Kabinett Braun sowohl nach der letzten Landtagswahl wie auch nach seiner Rückarittserklärung, als es nur noch geschäftsführende Regierung war, eine größere Zahl von Ernennungen zu höheren Beamtenpositionen vom Regierungsrat bis zum Oberpräsidenten vollzogen habe.

Ministerialdirektor **Dr. Brecht** führt aus, die Erklärungen der Minister Severing und von Gayl über ihre Unterhaltung wegen des Reichskommissars schienen in diametralem Gegensatz zu stehen. Da er aber von keinem der beiden annehme, daß er nicht die Wahrheit sage, müsse es da etwas geben, was aus den Erklärungen nicht ersichtlich sei.

Reichsgerichtspräsident **Bumke** meint, wenn Severing tatsächlich der Einsetzung eines Reichskommissars zugestimmt haben sollte, dann würde nicht ersichtlich sein, warum die Reichsstellen nicht, ehe sie am 20. Juli die Maßnahmen durchführten, mit Severing Fühlung nahmen, da es sich ja dann nur um die Erfüllung eines Wunschers von Severing gehandelt haben würde.

Art. 48 und bundesstaatliche Gliederung des Reiches

Es beginnt dann die rechtliche Erörterung mit einer allgemeinen Aussprache über die Probleme, die sich aus dem Artikel 48 der Reichsverfassung in Verbindung mit der bundesstaatlichen Gliederung des Deutschen Reiches ergeben.

Staatsrat **Jan**, der Vertreter Bayerns, erhält dann das Wort zu grundlegenden Ausführungen, wobei er u. a. erklärt: Bayern hat sich der preußischen Klage angeschlossen, weil es wünscht, daß die Fragen, über die die bayerische Regierung mit der Reichsregierung im Zusammenhang mit dem Vorgehen gegen Preußen nicht übereinkommen konnte, von dem berufenen Organ, dem Staatsgerichtshof, geklärt werden. Nach seiner Auffassung sei eine Reichskommissariatsregierung keine Landesregierung. In einem Lande könne nur eine Landesregierung existieren, nicht aber eine Reichskommissariatsregierung. Dementsprechend könnten auch die Länder im Reichsrat nur durch Vertreter ihrer Landesregierungen und nicht durch Vertreter von Reichskommissaren vertreten werden.

Für die badische Regierung schloß sich Ministerialdirektor Dr. Fecht im wesentlichen den Ausführungen des bayerischen Vertreters über die Eigenstaatlichkeit der Länder an, die erhalten werden müsse.

Der juristische Vertreter der bayerischen Regierung, **Professor Nawiasky-München**, behandelte eingehend die Rechte und Pflichten des Reiches und die Rechte und Pflichten der Länder.

Der Vorsitzende teilte mit, daß Ministerialdirektor **Dr. Schütze** den Auftrag erhalten habe, den **Reichskanzler** in seiner Eigenschaft **als Reichskommissar vor dem Staatsgerichtshof zu vertreten.**

Es wird dann die Frage untersucht, welche Voraussetzungen gegeben sein müssen, wenn das Reich den Artikel 48 Absatz 1 der Reichsverfassung anwenden, d. h. die Reichsexekution gegen ein Land durchführen wolle. Dazu äußert sich zuerst als Mitglieder der preußischen Delegation der bekannte Verfassungskommentator **Professor Anschütz-Heidelberg.** Er sagt u. a., die Weimarer Verfassung ist nicht so auszulegen, wie die jeweilige politische Situation es fordere, sondern wie sie gemeint ist. Zu Artikel 48 Absatz 1 betont Anschütz, Voraussetzung einer Exekution sei, daß das betreffende Land seine Pflicht gegenüber dem Reich bezw. den Reichsgesetzen verletzt habe. Die bloße Tatsache der Heterogenität der inneren Politik eines Landes zu der des Reiches könne niemals den Tatbestand der Pflichtverletzung erfüllen.

Prof. Dr. Anschütz führte am Dienstag vor dem Staatsgerichtshof u. a. weiter aus: Bei der Beurteilung des Artikels 48 seien die Voraussetzungen seiner Anwendung zu prüfen, ferner maßgebliche Verfahrensvorschriften und schließlich die Grenzen seiner Anwendbarkeit. Was die Pflichtverletzung als Voraussetzung nach Abs. 1 angehe, so sei die Tatsache der Heterogenität der Innenpolitik von Reich und Land nicht als Pflichtverletzung anzusehen. Die Verfassung von Weimar mit ihrem weitgehenden Selbstbestimmungsrecht kenne nicht den Grundsatz der Homogenität. Ob das gut oder schlecht sei, sei eine ganz andere Frage. Auch der Länderparlamentarismus, der zweifellos zu schweren Mißständen geführt habe, sei von der Reichsverfassung stillschweigend so gewollt. Die Reichsverfassung wolle den Bundesstaat und den Parlamentsstaat und müsse deren Schattenseiten in Kauf nehmen. Eine etwaige ungleiche Behandlung von NSDAP und KPD. könne ebenfalls nicht als Pflichtverletzung angesehen werden, denn es handele sich dabei um die Ausübung der Polizeigewalt. Diese aber sei Sache des Landes, nicht des Reiches. Ein nicht genügender Gebrauch von Landesrechten könne keine Verletzung von Pflichten gegenüber dem Reich darstellen. Keinesfalls könne der Staatsgerichtshof der Entscheidung der Frage, ob tatsächlich eine Pflichtverletzung vorliege, dadurch ausweichen, daß er diese Frage für eine Ermessungsfrage erklärt.

Nach weiteren juristischen Ausführungen der Professoren und Bemerkungen der süddeutschen Vertreter wurde die Verhandlung auf Mittwoch vertagt.

Ministerpräsident Braun schreibt an den Reichsgerichtspräsidenten

Der preußische Ministerpräsident Dr. Braun hat an den Vorsitzenden des Staatsgerichtshofes, den Reichsgerichtspräsidenten Bumke, folgendes Schreiben gerichtet:

Aus Zeitungsberichten über die Verhandlung der Verfassungsstreitsache Preußen gegen das Reich ersehe ich, daß in der Verhandlung am 10 d. M. der Vertreter des Reiches, Ministerialdirektor Gottheiner, in Bezug auf meine Person die Behauptung aufgestellt hat, ich hätte auf die Gewährung der vollen Bezüge sehr großen Wert gelegt, mich bald nach der Enthebung vom Amte nach dieser Frage erkundigt und mich sehr befriedigt erklärt, als mir die Antwort wurde, daß ich meine Bezüge weiter erhalten würde. Diese Behauptung entspricht nicht der Wahrheit. Ich habe mich niemals beim Reichskommissar oder bei der Reichsregierung wegen der Weiterzahlung meiner vollen Bezüge erkundigt oder darum ersucht. Auch habe ich niemals meine Befriedigung über die erfolgte Regelung geäußert. Im Gegenteil finde ich es höchst unbefriedigend, auf die Dauer für mich gerade unerträglich, daß ich meine vollen Bezüge als Ministerpräsident beziehe, aber von der Reichsregierung gewaltsam gehindert werde, meine Amtsgeschäfte wahrzunehmen.

Der Reichskanzler in München

Reichskanzler **von Papen** traf Dienstag früh, begleitet von Staatssekretär Planck von der Reichskanzlei, Ministerialdirektor Marcks, dem Chef der Presseabteilung der Reichsregierung, Ministerialrat Pukas, und dem bayerischen Reichsratsbevollmächtigten Dr. von Preger im Münchener Hauptbahnhof ein.

Ministerpräsident **Dr. Held** begrüßte den Kanzler beim Verlassen des Salonwagens und stellte ihm die zum Empfang erschienenen Herren vor. Der Kanzler begab sich hierauf im Kraftwagen, begleitet vom Ministerpräsidenten, zum Haus des Ministerpräsidenten, wo er Wohnung nimmt, während die Herren seiner Begleitung sich zum Hotel „Bayerischer Hof" begaben.

Bei den bayerischen Ministern

Reichskanzler v. Papen stattete dem Ministerpräsidenten und dem bayerischen Gesamtministerium im Ministerium des Aeußern seinen Besuch ab.

Ministerpräsident Dr. Held bewillkommnete den Reichskanzler herzlich zu seinem Besuch in München und fuhr fort: „Mit dem Besuch bei der bayerischen Staatsregierung verknüpft sich das Bekenntnis des Reichskanzlers, daß man in Berlin in der Reichsregierung unter Ihrer Führung

die Selbständigkeit der Länder

anerkennt und achtet. Nur so gemeint, gewinnt ein solcher offizieller Besuch des Reichskanzlers Sinn und Bedeutung. Daß wir dafür besonderen Dank wissen, namentlich in den Stürmen unserer Tage, die ja vor allem der Selbständigkeit der Länder gegolten haben, ist eine Selbstverständlichkeit. Wir erblicken in dem Besuch des Reichskanzlers das Bestreben, die Fühlung zu übernehmen und zu halten mit den einzelnen Länderregierungen in der Zeit der großen geistigen und wirtschaftlichen Not des deutschen Volkes. Es kommt darin die Ueberzeugung zum Ausdruck, daß das gesamte deutsche Volk zusammenstehen muß, wenn es gilt, dieser Not Herr zu werden. Ein zersplittertes Deutschland wird sie niemals meistern können. Außenpolitisch hängt alles von unserer absoluten Einigkeit ab. Nur durch treues Zusammenarbeiten ist das große Ziel zu erreichen, Deutschland zu einem wahrhaft einigen und glücklichen Volk zu machen."

Reichskanzler von Papen dankte für die freundlichen Worte und erklärte: Mein Besuch soll mehr sein als eine formale Höflichkeit; er soll sein ein Symbol dafür, daß in der Tat gerade jetzt in den vielleicht schwersten Stunden der Nachkriegszeit

wir nur dann zu den großen gemeinsamen Zielen weiterschreiten können, wenn wir die Einigkeit zwischen dem Reich und den Ländern wiederherstellen,

wie sie einstens gewesen ist. Sie wissen, daß es von Anbeginn meiner Regierung an mein großes Ziel gewesen ist.

mit den Ländern und durch die Länder,

deren außerordentliche Wichtigkeit und Bedeutung in kultureller und völkischer Beziehung ich nie übersehen und stets hoch anerkannt habe, das neue Reich zu bauen. Es ist mir ein besonderes Bedürfnis, den passenden Kontakt mit den Ländern zu pflegen und in offener Aussprache über die schwebenden Fragen die Meinungen auszutauschen, die auf dem schweren Wege vor uns liegen.

Presseempfang

Der Reichskanzler empfing im Außenministerium die Vertreter der Presse.

In einer kurzen Ansprache erklärte der Reichskanzler, die Regierung habe vom ersten Tage an betont, daß sie

bewußt auf föderalistischem Standpunkte

stehe, daß die Lösung der großen Aufgaben, die ein neues Deutschland schaffen sollen, nur möglich sei, wenn man alle Kräfte zur Mitarbeit heranziehe. Der Kanzler würdigte weiter die große Aufgabe der Presse, an dem großen Ziele mitzuwirken, das Reich neu und größer auf einer Volksgemeinschaft aus dem Erlebnis des großen Völkerringens wieder aufzubauen.

Bei dem Besuch

im bayerischen Landtag

bewillkommnete der Landtagspräsident **Dr. Stang** den Kanzler mit einer Ansprache, in der er erklärte, daß die Wirtschaftsnot riesengroß auch durch die bayerischen Lande gehe. Wir wissen, fuhr der Präsident fort, daß wir in Bayern mit dieser Not ein allen Deutschen zur Zeit gemeinsames und gleiches Schicksal zu tragen haben. Ich darf Sie aber, sehr geehrter Herr Reichskanzler und die gesamte Reichsregierung bitten, zur Belebung der bayerischen Wirtschaft durch eine

bessere Zuteilung von Reichsaufträgen

ein besonderes Augenmerk zu richten.

Auf die Begrüßungsansprache Dr. Stangs erwiderte **Reichskanzler von Papen,** die Herren dürften gewiß sein, daß die Belange Bayerns in Berlin immer ein offenes Ohr finden würden. Das Reich sei leider so arm wie die Länder; aber wenn es sich irgendwie ermöglichen ließe, werde bestimmt den Ländern geholfen werden. Es werde nie vergessen werden, was die Länder — und speziell Bayern — dem Reiche geleistet haben.

Im Rathaus und am Gefallenendenkmal

Im Rathaus wurde der Reichskanzler von Oberbürgermeister Dr. Scharnagl begrüßt.

Mittags ½1 Uhr begab sich der Kanzler zum Gefallenendenkmal, wo er einen Lorbeerkranz niederlegte, der eine weiße Schleife trug mit der Widmung „Der Reichskanzler".

Besuche und Besprechungen

Außer dem päpstlichen Nuntius stattete der Reichskanzler dem evangelischen Kirchenpräsidenten D. Veit einen kurzen Besuch ab, während er bei dem von München abwesenden Kardinal Faulhaber seine Karte abgab. Um 13.30 Uhr fand beim Ministerpräsidenten zu Ehren des Reichskanzlers im engen Kreise eine Mittagstafel statt. Der Nachmittag war einem Ausflug vorbehalten, der die Gelegenheit zu den vorgesehenen politischen Besprechungen zwischen dem Reichskanzler und der bayerischen Staatsregierung bot. Am Abend versammelten sich im Hause des Ministerpräsidenten zahlreiche Persönlichkeiten des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens Bayerns zu einem Empfang, den der Ministerpräsident zu Ehren des Kanzlers veranstaltete.

Der Reichskanzler spricht im Rundfunk

Reichskanzler von Papens Rede „Vertrauen schafft Arbeit", die er Mittwochvormittag auf der bayerischen Industrietagung in München von 11.30 bis etwa 12.15 Uhr hält, wird als Reichssendung des Deutschen Rundfunks über alle deutschen Sender verbreitet.

„Vertrauen schafft Arbeit"

Die bemerkenswerte Rede, die Reichskanzler v. Papen am heutigen Vormittag in München hielt, bringen wir im 2. Blatt unserer heutigen Ausgabe.

Kleine politische Nachrichten

Die Reichsregierung zu Gerüchten über den früheren Kronprinzen

Die Reichsregierung stellt zu einem im „Vor[illegible] am 11. Oktober unter [illegible] schrift „Umtriebe des Exkronprinzen" veröffentlichten Gerücht über eine angebliche Einsetzung des früheren Kronprinzen zum Reichsverweser und die daran geknüpften Kombinationen fest, daß es sich hierbei um ein reines Phantasieprodukt handele.

Aufstand in Abessinien

Bei der abessinischen Gesandtschaft in London ist eine Meldung aus Addis Abeba eingegangen, wonach der Sohn des Ras Hailu, der kürzlich wegen Hochverrats zum Tode verurteilt, aber vom Kaiser begnadigt worden war, einen Aufstand gegen die Regierung angezettelt und den vormaligen Wohnsitz seines Vaters, Debra Markos, in Besitz genommen hat. Die Aufständischen werden von Regierungstruppen belagert.

42 Tote bei einem Zusammenstoß auf Luzon

In der Nähe von Culicusoho wurde eine Polizeiabteilung aus dem Hinterhalt angegriffen. Wie nunmehr feststeht, waren die Angreifer Angehörige des Moro-Stammes, mit denen die Polizei im ganzen dreimal in Kampf geriet. Dabei wurden 30 Moros und zwölf Polizisten getötet, auch gab es viele Verletzte. Gegen den Moro-Stamm soll eine Strafexpedition ausgesandt werden.

Keine Abtretung der Insel Timor an Japan

Das portugiesische Außenministerium dementiert formell die Nachricht, daß Portugal beabsichtige, die Insel Timor den Japanern abzutreten.

Amerika fordert Auslieferung Samuel Insulls

Das Staatsdepartement hat die amerikanische Gesandtschaft in Athen angewiesen, Schritte zur Auslieferung Samuel Insulls zu unternehmen. Der griechischen Regierung soll bekanntgegeben werden, daß Insull sich des Verbrechens der Unterschlagung schuldig gemacht hat. Zwar ist der amerikanisch-griechische Auslieferungsvertrag noch nicht ratifiziert worden, doch hofft man, im Falle Samuel Insulls schon jetzt dessen Bestimmungen zur Anwendung bringen zu können.

Dr. Göbbels Rede in einer DNVP-Versammlung

Der „Angriff" veröffentlicht das Schreiben von Dr. Göbbels an die Deutschnationalen, in dem er die Aufforderung annimmt, in einer deutschnationalen Versammlung als Diskussionsredner zu sprechen. Wie der Lokalanzeiger mitteilt, kommt hierfür wahrscheinlich eine deutschnationale Versammlung am 19. Oktober in Frage, in der Schmidt-Hannover, M. d. R., und Steuer, M. d. L., sprechen werden.

Französisches Militärflugzeug über der Mosel

Dienstag nachmittag, kurz nach 4 Uhr, überflog ein französischer Militärdoppeldecker aus Richtung Diedenhofen kommend, den deutschen Grenzort Perl an der Mosel. Nach mehrmaligem Kreuzen über Oberperl nahm das Flugzeug seinen Weg weiter über die Mosel, um über luxemburgisches Gebiet nach Frankreich zurückzukehren. Es ist mit Sicherheit festzustellen, daß es sich um ein französisches Militärflugzeug handelt. Der Vorfall wurde den deutschen Behörden gemeldet.

Japanische Einwanderung nach der Mandschurei

Der Korrespondent des Daily Telegraph in Mukden meldet: Japanische Einwanderer kommen in ganzen Scharen nach der Mandschurei. Sie tragen in der einen Hand Waffen und in der anderen landwirtschaftliche Geräte. Die meisten dieser Einwanderer sind kräftige Männer Mitte der zwanziger Jahre ohne Familien; sie sind gekleidet wie Soldaten, sind in militärische Formationen eingeteilt und werden von Armeeoffizieren geführt, die strenge Manneszucht halten. Sie tragen Khaki-Uniformen und sind mit Säbeln und Gewehren bewaffnet. Der einzige Unterschied zwischen ihnen und den regulären Soldaten ist das Fehlen von Abzeichen an ihren Uniformen. Die Einwanderer werden zu Siedlungen in der nordwestlichen Mandschurei geführt.

Wege zur Siedlungsmöglichkeit

Kundgebung der jungdeutschen Landnehmerbewegung

In einer von der Jungdeutschen Landnehmerbewegung einberufenen öffentlichen Kundgebung in Essen, zu der vor allem erwerbslose Industriearbeiter zahlreich erschienen waren, warnte nach einleitenden Worten des Vorsitzenden der Vertreter der Reichsstelle für Siedlungsberatung, Diplom-Landwirt **Finke-Essen,** vor sogenannten Siedlungs-Genossenschaften, deren Propaganda man nicht länger mit ansehen könne. Zahlreiche Familien seien um die letzten Sparpfennige gebracht worden, hätten ihr Hab und Gut verkauft und säßen jetzt ohne Mittel auf Gütern, die den sogen. Genossenschaften gar nicht gehörten. Finke nannte in diesem Zusammenhang den Deutschen Siedlerbund, die Vereinigte Landwirte G. m. b. H. Mecklenburg und die Deutsche Volksgemeinschaft, Sitz Dortmund. Die West-Ost-Siedlung müsse mit allen Mitteln unterstützt werden.

Redakteur **Hein-Duisburg,** der Verbandsführer der jungdeutschen Landnehmerbewegung am Niederrhein, legte die Kampfziele der Bewegung dar: Die Umwandlung Deutschlands von einem Industriestaate in einen Staat, in dem sich Industrie und Landwirtschaft gegenseitig die Wage halten. Er unterzog das Wirtschaftsprogramm der Regierung von Papen einer Kritik. Einige Beweise zeigten, daß die Träger des Gedankens eines Konjunkturumschwunges selbst nicht an diesen Umschwung glaubten. Was ist, habe sich nicht geändert, und man dürfe nicht vergessen, daß selbst bei eintretendem Konjunkturumschwung mindestens zwei bis drei Millionen Erwerbslose übrig bleiben. Zur Sanierung bankerotter Unternehmer sei Geld genug vorhanden, nicht aber für die Umsiedlung der erwerbslosen Industriearbeiterschaft. Die Interessen von 14 000 Großgrundbesitzern seien nichts gegenüber der Not von sechs Millionen Arbeitslosen. Mit überholten Besitzrechten werde den Erwerbslosen der Drang zur Scholle verwehrt und eine gerechte Besitzverteilung am deutschen Boden verhindert. Die größte Aufgabe liege nach jungdeutscher Auffassung darin, möglichst viele Menschen mit dem Heiligsten, dem deutschen Boden, zu verbinden, damit so ein neuer Geist der Gemeinschaft und der wehrhaften Verteidigung erwachsen könne. Hierzu brauche man keine bolschewistischen Experimente, sondern nur die Herstellung des richtigen Verhältnisses zwischen Ertragswert und Beleihungswert des Großgrundbesitzes im deutschen Osten mit allen bankmäßigen Konsequenzen. Das ganze deutsche Volk müsse sich für die Lösung der Krise einsetzen, indem man echte Arbeitsbeschaffung stattfinden läßt, d. h. neue Arbeitsstätten für die Ewigkeit, nicht aber neue Arbeitsgelegenheiten für kurzen Zeitraum schafft. Die Ansiedlung einer Million Menschen sei möglich, wenn man die alten Begriffe des römischen Rechtes fahren lasse. Die ideelle Bindung an den deutschen Boden werde letzten Endes die Grundlage für die Befreiung des Volkes von außenpolitischen Fesseln sein. Hein schloß seine mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen mit den Worten: „Mit dem deutschen Osten für eine bessere deutsche Zukunft!"



Geheimrat Karl von Goebel,
der weltberühmte Münchener Botaniker, Präsident der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, starb im Alter von 77 Jahren.

Insull wird freigelassen

Wie die Agence d'Athenes mitteilt, hat der Generalstaatsanwalt in Athen die Freilassung Samuel Insulls angeordnet, weil für eine weitere Inhaftierung keine gesetzliche Grundlage besteht.

Aus der Sowjet-Union

Eröffnung der Dnjepr-Kraftwerke

Bei der feierlichen Eröffnung des großen Wasserkraftwerkes „Dnjeprostroi" hielt der Vorsitzende des Präsidiums des Bundeshauptvollzugsausschusses, **Kalinin**, eine Rede, in der er — nach einem Bericht der Telegraphenagentur der Sowjetunion — die an dem Bau des Werkes beteiligten Arbeiter und Ingenieure, sowie den amerikanischen Berater Cooper und sein technisches Personal zu ihrer Leistung beglückwünschte. Unter stürmischem Jubel erklärte Kalinin, daß die Regierung mit dem heutigen Tage das Dnjepr-Kraftwerk in die Zahl der arbeitenden Betriebe der Sowjetunion unter dem Namen „Dnjepr-Wasserkraftwerk Lenin" eingereiht habe. Hierauf verlas Kalinin den Beschluß des Bundeshauptvollzugsausschusses der Sowjetunion über die Verleihung des „Lenin-Ordens" und des Ordens der „Roten Fahne" an eine Reihe hervorragender Arbeiter, Ingenieure und Techniker der amerikanischen beratenden Gruppe, Cooper, und mehreren amerikanischen Fachleuten wurde der Orden „Rote Arbeitsfahne" verliehen. Insgesamt wurden 41 Personen mit dem „Lenin-Orden" und 31 Personen mit dem Orden „Rote Arbeitsfahne" ausgezeichnet.

Gemäß einem telegraphisch übermittelten Vorschlag Stalins, Molotoffs und Kaganowitschs wurde der Beschluß gefaßt, im Dnjepr-Kraftwerk ein Lenin-Denkmal zu errichten. Im Namen des Volkskommissariats für Schwerindustrie sprach sodann **Ordschonikidse**, der an die Worte Stalins: „Es gibt keine solche Festung, die die Bolschewiken nicht erobern könnten" erinnerte und hinzufügte, die Arbeiterklasse der Sowjetunion beweise täglich der ganzen Welt, daß es solche Festung tatsächlich nicht gebe.

Stahlerzeugung im Elektrostahlwerk bei Dnjeprostroi

Wie die Telegraphenagentur der Sowjetunion meldet, wurde in dem ersten elektrischen Stahlschmelzofen in dem zum Dnjepr-Industriekombinat gehörenden Experimentalstahlwerk der erste Posten hochwertiges Stahl erzeugt.

Ausschluß von 20 Oppositionellen aus der kommunistischen Partei

Die Zentralkommission der kommunistischen Partei hat 20 Mitglieder und Helfershelfer der konterrevolutionären Gruppe aus der Partei ausgeschlossen. Die Gemaßregelten hatten versucht, auf illegalem Wege eine Kulakenorganisation zur Wiederherstellung des Kapitalismus zu schaffen. Unter den Ausgeschlossenen, von denen die meisten bereits früher wegen oppositioneller parteifeindlicher Tätigkeit einmal ausgeschlossen waren, befinden sich Sinowjew und Kamenew.

Der Rüstungsstreit

Was in Genf besprochen wird

Der Timeskorrespondent in Genf meldet, Montag abend sei man in Genf der Auffassung gewesen, daß die Viermächtekonferenz eventuell Anfang nächster Woche in Genf oder in Lausanne abgehalten werden könne. Die Wahl eines Konferenzortes in der Schweiz erscheint dem Korrespondenten bedenklich. Er schreibt: Die Unruhe, mit der die kleineren und neuen Staaten Europas die Möglichkeit einer Entscheidung betrachten, die Deutschland mehr Bewegungsfreiheit auf dem Gebiete der Rüstungen zugestehen würde, als es gegenwärtig besitzt, ist ganz außerordentlich groß. In Genf oder Lausanne würden diese Stimmen sich lauter bemerkbar machen als in London.

In den weiteren Zeilen des Korrespondenten heißt es u. a.: Viele Persönlichkeiten in Genf, die vor sechs Monaten eine drastische Verminderung von Waffenarten, wie Tanks oder Torpedos, als ausgeschlossen betrachteten, erklären heute, daß ihre Regierungen ernstlich die Abschaffung dieser Waffen erwägen. Manchmal hat es den Anschein, als ob die Abrüstungsbewegung unmittelbar vor einem ungeheuren Erfolg oder einem vollständigen Fehlschlag steht. Infolgedessen würde ein entschiedenes Vorgehen der britischen Regierung vielleicht eine günstige Wirkung haben, falls es ihr gelingt, die nichtdeutschen Regierungen dazu zu veranlassen, Deutschland in der Theorie völlige Gleichberechtigung zu gewähren und dann die deutsche Regierung zu veranlassen, sich formell zu verpflichten, von diesem Recht während einer bestimmten Periode, z. B. ein Jahr, keinen Gebrauch zu machen, während deren die anderen Regierungen ihre Rüstungen auf einen Stand bringen würden, der dem deutschen vergleichbar wäre.

Vermutungen eines Engländers über den französischen Abrüstungsvorschlag

Der diplomatische Korrespondent des Daily Telegraph vermutet, daß Herriot bei seinem Besuche in London dem Premierminister Macdonald und dem Staatssekretär des Aeußern, Sir John Simon, die Hauptrichtlinien des neuen französischen Abrüstungs- und Sicherheitsplanes erläutern werde.

Der Korrespondent hält es für wahrscheinlich, daß darin ein zehnjähriges „Ostlocarno" vorgeschlagen werde, d. h. ein Nichtangriffspakt zwischen Deutschland und seinen westlichen und südlichen Nachbarn. Auf Grund dieses Vorschlages solle sich Deutschland dazu verpflichten, als Gegenleistung für eine entschiedene Verminderung der Rüstungen die Frage des polnischen Korridors und die Danziger Frage während der nächsten zehn Jahre nicht aufzurollen. Frankreich, Polen und die Tschechoslowakei würden, so heißt es in dem Artikel des diplomatischen Korrespondenten weiter, eine britische Garantie für ein solches Versprechen wünschen. Aber eine derartige Zusage könne von Großbritannien nicht erwartet werden.

Weiter bezeichnet der Korrespondent es als möglich, daß auf den Besuch Herriots ein Besuch des Reichskanzlers oder des Reichsaußenministers in London folgen werde. Was Italien angehe, so werde Botschafter Grandi in den nächsten Tagen nach London zurückkehren und somit für einen entsprechenden englisch-italienischen Gedankenaustausch zur Verfügung stehen. Sollten die privaten Besprechungen zu einer Ueberbrückung der deutsch-französischen Schwierigkeiten führen, dann werde vielleicht in Genf oder in Lausanne eine Acht- oder Neunmächtekonferenz folgen.

Deutscher Wahlsieg bei den Gemeindewahlen in Eupen-Malmedy

Bei den Gemeindewahlen in Eupen und Malmedy kann man einen glänzenden Sieg des deutschen Gedankens feststellen. Die deutschen Mehrheiten konten nicht nur ihre Stellung behaupten, sondern sich sogar verbessern. Die Wahlergebnisse lauten:

Eupen-Stadt: Heimatliste 8 Sitze, Sozialisten 2 Sitze, Belgische Katholiken 2 Sitze, Mittelstand 1 Sitz.

Sankt Vith: Deutsche Liste 6 Sitze, Belgische Katholiken 2 Sitze, Sozialisten 1 Sitz.

Raeren: Deutsche Arbeiter und Bauern 8 Sitze, Belgier 2 Sitze.

Lontzen-Herbestal: Bürgerliche Liste 7 Sitze (darunter 5 Mitglieder des Heimatbundes, 2 Arbeiter).

Ein Vergleich mit dem Ergebnis des Jahres 1926 ist unmöglich, da damals noch keine belgische Listen bestanden. Heute zeigt sich, daß überall da, wo die Belgier offen unter eigener Flagge segelten, sie vernichtend geschlagen wurden. Die Sozialisten kann man überwiegend für den Heimatgedanken in Anspruch nehmen, was sie auch oft betont haben. Das gilt besonders für die Stadt Malmedy, wo acht sozialistischen Gemeinderatsmitgliedern drei betont belgisch eingestellte gegenüberstehen. In zahlreichen Gemeinden sind sogenannte Einheitslisten aufgestellt, deren Kandidaten zumeist dem Heimatbund nahestehen

Die neue französische Finanzierungsvorlage

Die Maßnahmen, durch die der französische Finanz- und der Budgetminister den nächstjährigen Haushaltsplan auszugleichen beabsichtigen, sehen, wie in gut unterrichteten Kreisen verlautet, vor:

1. Steuerliche Mehreinforderungen in Höhe von 2,5 Milliarden Francs.
2. Abstriche am Ausgabenbudget in Höhe von 5,9 Milliarden Francs.

Unter Berücksichtigung einer bereits vor Schluß der ordentlichen Parlamentssession verabschiedeten Finanzsanierungsvorlage, die 2,1 Milliarden Einsparungen erbringen soll, und der aus der Rentenkonvertierung sich ergebenden Einsparung von 1,3 Milliarden würde der nächstjährige Haushaltsplan um insgesamt 11,8 Milliarden entlastet werden. Die Durchführung dieses Programms dürfte nicht ohne scharfe parlamentarische Kämpfe abgehen, wenn man berücksichtigt, daß unter der Ausgabeneinschränkung auch eine Kürzung der Beamtengehälter und Pensionen von insgesamt 1,3 Milliarden, Abstriche der Bezüge der ehemaligen Frontkämpfer in Höhe von 800 Millionen und Streichung der Pensionen für wiederverheiratete Kriegswitwen in Höhe von 200 Millionen vorgesehen sind

Gömbös' Regierungserklärung

Das neue Kabinett Gömbö stellte sich in Budapest dem Abgeordnetenhause vor. Der Ministerpräsident betonte in seiner Erklärung die Notwendigkeit einer Revision der Friedensverträge. Es dürfe keine verfemten Völker mehr geben, denen man die Gleichberechtigung verweigere. Auf die auswärtigen Beziehungen eingehend, wies Gömbö auf das gute Verhältnis mit dem Deutschen Reiche und Oesterreich hin, und sprach die Hoffnung aus, daß mit beiden Ländern vorteilhafte wirtschaftliche Beziehungen geschaffen werden. In der Nationalitätenfrage billige er die Duldsamkeit, und auch jenen Teil der Juden, die eine Schicksalsgemeinschaft mit der Nation empfinden, betrachte er ebenso als Brüder. Die Regierung strebe danach, die Auslandsschulden zu regeln; sie beabsichtige aber nicht, einseitige Maßnahmen zu treffen.

Aus dem Hinterhalt erschossen

Der am 1. Oktober d. J. bei Kobelnick (Kreis Neumarkt) verübte Mord an dem Landbriefträger Barm ist aufgeklärt worden. Der unter dringendem Tatverdacht festgenommene Paul Franz hat ein umfassendes Geständnis abgelegt. Er hat Barm aus etwa 50 Meter Entfernung aus einem Hinterhalt im Walde mit einem Militärgewehr erschossen. Er will aus Rache gehandelt haben. Sein Bruder Heinrich ist wegen Verdachts der Begünstigung festgenommen worden.

Der falsche Daubmann

Ein großer Schwindler entlarvt

In der Angelegenheit des Oskar Daubmann aus Endingen scheint eine sensationelle Wendung eingetreten zu sein. Im Verlaufe der letzten Zeit haben sich mehrere Persönlichkeiten bei den behördlichen Stellen gemeldet, darunter ein ehemaliger Fremdenlegionär aus Essen an der Ruhr, dem Oskar Daubmann am Montagabend in Endingen gegenübergestellt wurde. Im Verlaufe der weiteren Feststellungen wurde Daubmann vom Landespolizeiamt Karlsruhe gesucht, da sein Aufenthaltsort nicht bekannt war. Daubmann befand sich auf einer Vortragsreise, konnte aber ermittelt und zur Vernehmung auf die Polizeidirektion Freiburg (Breisgau) gebracht werden. Ueber diese Vernehmung durch die Beamten des Landespolizeiamtes Karlsruhe ist amtlich noch nichts mitgeteilt worden.

Ueber ihr Ergebnis wurde auch an amtlichen Stellen jede Auskunft verweigert. Diese Verweigerung amtlicher Auskunft beruht darauf, daß das Protokoll über die erfolgte Vernehmung Daubmanns noch nicht in Karlsruhe vorliegt und die Freiburger amtlichen Stellen eine Aussage ohne Vollmacht der Karlsruher Stellen verweigern.

Jedenfalls dürfte, so meldet das Wolffbüro aus Freiburg, mit größter Sicherheit feststehen, daß die Vernehmung die Unrichtigkeit der Angaben Daubmanns ergeben hat. Es wird sogar angedeutet, daß Oskar Daubmann gar nicht der wirkliche Oskar Daubmann ist, sondern ein Schwindler, der es verstanden hat, viele zu täuschen. Das Gerücht, daß Daubmann in Polizeigewahrsam genommen wurde, ist gleichfalls nicht amtlich bestätigt, dürfte aber zutreffen. Jedenfalls haben die verschiedenen Gegenüberstellungen Daubmanns mit anderen Persönlichkeiten ihn außerordentlich schwer belastet. Ein besonderes Beweisargument dafür, daß Daubmann nicht Oskau Daubmann sein soll, sollen auch Fingerabdrücke sein, die bezüglich der wirklichen Person des Daubmann gewisse Schlüsse zulassen.

100 000 Frs. für einen Kragenknopf

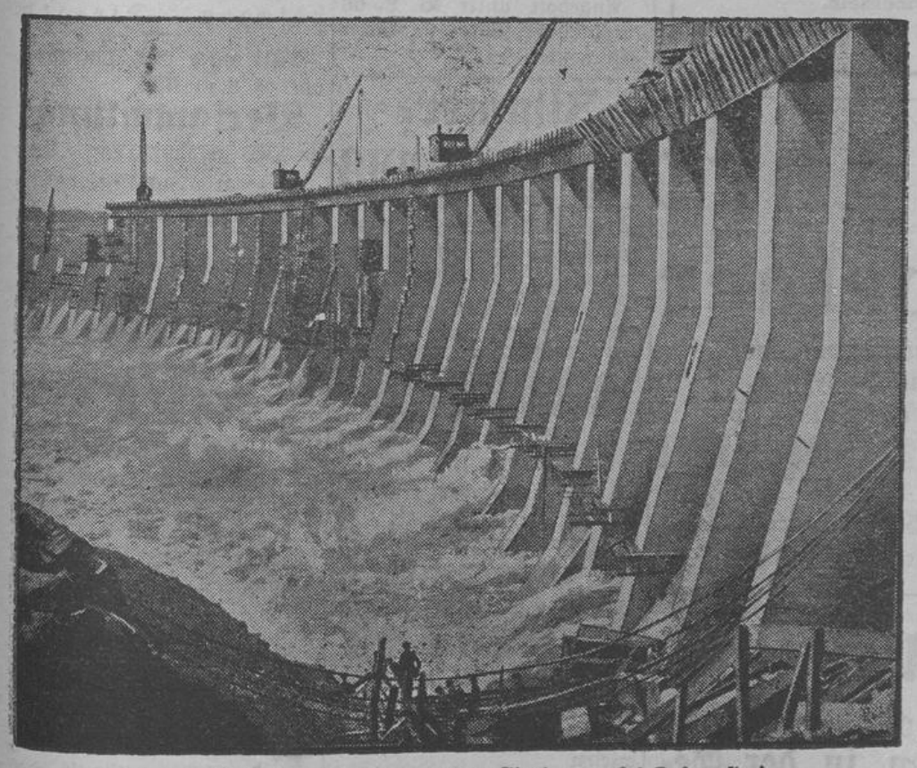
Ein junger Mann gab an einem Bahnhof in Paris einen in Papier gewickelten gewöhnlichen wertlosen Kragenknopf zur Aufbewahrung ab, den er sich für 100 000 Frs. versichern lassen wollte. Der Beamte machte Einwendungen, wollte den Knopf nicht annehmen und erst recht nicht eine so hohe Versicherungspolice für ein völlig wertloses Objekt ausstellen. Der junge Mann aber scheute keine Mühe, dem Beamten mit Hilfe des Gesetzbuches zu beweisen, daß er nicht in der Lage sei, die Aufbewahrung und die Versicherung zurückzuweisen. Der Beamte gab schließlich kopfschüttelnd nach. Nach 14 Tagen kam der junge Mann wieder, um sein „Gepäck" zu fordern und — was tat das Schicksal? — der Knopf war wirklich verloren gegangen und die Versicherung mußte dem jungen Mann 100 000 Frs. in bar dafür auszahlen.

Hefekisten als Särge

Die Verarmung der Landbevölkerung, so heißt es in einer Meldung aus Budapest, greift immer mehr um sich und verschont weder Kindtaufe noch Totenbestattung. In einzelnen Gegenden des Landes ist es bereits mehrfach vorgekommen, daß der Leichnam in Hefekisten beigesetzt wurde, da die armen Bauern zu keinem Sarge gelangen konnten. Dies will viel heißen, da der ungarische Bauer sonst seine letzte Kuh verkauft, nur um seinem Toten ein prunkvolles Begräbnis ermöglichen zu können. Es sind sogar Fälle bekannt geworden, wo vor der Versenkung des Sarges in die Gruft der Deckel abgehoben und dem Leichnam das Sterbekleid und die Stiefel ausgezogen wurden. Dies gilt als Zeichen der allergrößten Armut, da selbst der einfachste Mann im Volke seine verstorbenen Angehörigen im Staatskleide aufzubahren pflegte.

In Chicago werden mehr Automobile gestohlen als gekauft

Im September sind in Chicago mehr Automobile gestohlen als gekauft worden. Nach Angaben der Automobilvertriebsgesellschaft von Chicago wurden 3375 Autos gestohlen und nur 2255 gekauft.



Teilansicht des 750 Meter langen Staudamms bei Dnjeprostroi

Opfertod eines englischen Fliegers



Beim Absturz eines englischen Bombenflugzeuges bei Guilford in der Grafschaft Surrey rettete ein Fliegerleutnant durch seinen Tod das Leben seiner Kameraden: er blieb so lange am Steuer des gefährdeten Flugzeuges, bis die anderen Flugzeuginsassen mit dem Fallschirm abspringen konnten. Vier Mann konnten sich retten — er selbst und ein weiterer Offizier stürzten mit der brennenden Maschine ab und kamen in den Flammen um. Unser Bild gibt einen Blick auf die völlig verbrannte Maschine

Statt besonderer Anzeige

Arbeit, Arbeit war die Zierde Deiner Hände,
Du hast geschafft bis an Dein selig Ende.



Heute morgen gegen 5 Uhr verschied ruhig und schmerzlos, im Alter von 81 Jahren, unsere liebe, gute Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwägerin und Tante

Frau Witwe Wilhelm Neuhaus

Pauline geb. Haas.

In stiller Trauer

die Hinterbliebenen:

Ernst Neuhaus
Lina Neuhaus geb. Luchtenberg
Emmi Neuhaus als Enkel.

Blasberg, Burscheid, Gelsenkirchen, den 11. Oktober 1932.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 13. Oktober, nachm. 3 Uhr, vom Sterbehause in Blasberg aus statt.

Viehmärkte vom 10. und 11. Oktober 1932

	Essen	Dortmund	Düsseldorf	Elberfeld	Köln	Frankfur
Auftrieb: Großvieh	621	723	—	733	1435	1505
Ochsen	47	84	114	247	536	398
Bullen	245	153	53	83	243	162
Kühe	170	378	121	207	527	488
Färsen	95	88	60	126	85	394
Fresser	64	20	—	70	14	—
Kälber	433	248	375	405	601	502
Schafe	72	50	2	29	18	181
Schweine	2596	1643	2753	2897	3677	—
Ziegen	—	—	—	—	—	—
Preise:						
Ochsen: vollfleisch. ausgemäst. a) jüngere	30–32	29–31	30–33	29–31	28–32	29–32
b) ältere	—	—	—	—	—	—
sonstige vollfleischige a) jüngere	27–29	26–28	26–29	25–28	24–27	25–28
b) ältere	—	—	—	—	—	20–24
fleischige	—	23–25	22–25	20–24	20–23	—
gering genährte	—	—	—	—	—	—
Bullen: jüngere vollfleischige	—	—	—	—	22–24	26–28
sonstige vollfleischige oder ausgemästete	22–24	21–23	22–25	22–24	18–21	21–25
fleischige	20–21	18–20	—	19–21	—	—
gering genährte	17–19	16–17	—	—	—	—
Kühe: jüngere vollfleischige	28–30	26–29	27–30	26–28	27–30	25–27
sonstige vollfleischige oder ausgemästete	24–27	23–25	23–26	23–25	23–26	21–24
fleischige	20–23	19–22	18–22	18–22	18–22	16–20
gering genährte	17–19	15–18	—	12–17	14–16	—
Färsen: vollfleischige, ausgemästete	30–32	29–31	29–31	28–30	28–32	31–33
vollfleischige	27–29	25–28	26–28	24–27	24–27	27–30
fleischige	24–26	21–24	22–25	20–23	—	22–26
Fresser: mäßig genährtes Jungvieh	16–22	—	—	16–20	17–25	—
Kälber: Doppellender bester Mast	60–70	—	—	—	58–70	41–44
beste Mast- und Saugkälber	50–54	54–57	50–56	50–53	50–55	37–40
mittlere Mast- und Saugkälber	40–48	44–52	42–49	40–49	42–48	33–36
geringe Kälber	32–38	35–42	30–40	30–39	35–40	—
Schafe: Mastl. u. ig. Mastb. a) Weidemast	30–32	27–30	—	—	—	—
b) Stallmast	—	—	—	—	—	—
mittl. Mastl., ält. Mastb., gut gen. Schafe	24–28	—	—	—	—	—
fleischiges Schafvieh	18–23	—	—	—	—	—
gering genährtes Schafvieh	—	—	—	—	—	—
Schweine: Fettschweine üb. 300 Pfd. L.-G.	—	—	—	46–47	45–47	45–47
vollfleischige von ca. 240—300 Pfd.	45–47	43–47	44–49	46–47	44–47	43–47
vollfleischige von ca. 200—240 Pfd.	44–47	42–47	44–49	42–46	43–47	42–46
vollfleischige von ca. 160—200 Pfd.	40–44	40–44	42–47	42–46	40–45	40–43
fleischige von ca. 120—160 Pfd.	38–40	38–42	40–43	39–41	—	—
fleischige unter 120 Pfd.	—	—	35–38	35–38	—	—
Sauen	32–42	36–41	35–39	32–42	34–40	—

Die Preise verstehen sich für 50 kg Lebendgewicht und sind Marktpreise für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab Stall für Fracht, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über die Stallpreise erheben.

Tendenz: Essen: Großvieh ruhig, Kälber flott, Schafe und Schweine mittel; **Dortmund:** Großvieh schleppend geräumt, Kälber gut geräumt, Schafe mittel geräumt, Schweine langsam geräumt; **Düsseldorf:** Großvieh, Kälber mittel mäßig, Schweine mittelmäßig; **Elberfeld:** Großvieh sehr langsam, Kälber und Schweine mittel; **Köln:** Großvieh beste Tiere auch noch höher bezahlt, ruhig, Kälber ruhig geräumt, Schweine höher bezahlt, im übrigen geräumt; **Frankfurt:** Rinder ruhig, Ueberstand. Schafe und Kälber reger, ausverkauft.

Das Sechswochenamt

für meine liebe Frau findet statt am

Freitag, den 14. Oktober

morgens 7 Uhr, in der Pfarrkirche zu Burscheid.

Ludwig Fötsch

Bekanntmachung

Es wird nochmal darauf hingewiesen, daß das städt. Wohlfahrtsamt nachmittags, außerdem jeden Dienstag und Donnerstag den ganzen Tag, geschlossen ist. An den genannten Tagen wird Publikum nicht abgefertigt. Eingang zum Wohlfahrtsamt nur Zimmer 5.

Die Anordnung wird strikte durchgeführt.

Burscheid, den 11. Oktober 1932.

Der Bürgermeister: Rohde.

Bekanntmachung

Der ortsübliche Milchkleinverkaufspreis für die ganze Gemeinde Burscheid wird hiermit auf 21 Pfennig festgesetzt.

Burscheid, den 8. Oktober 1932.

Der Bürgermeister: Rohde.

Mutterberatungsstunde

in der Schule in Hilgen am Donnerstag, den 13. Oktober, nachmittags von 2—3 Uhr.

Burscheider Bankverein

Mittwoch, den 12. Oktober 1932, abends 8.30 Uhr, im Lokale „Zur alten Post" (Ww. Hugo Urbahn)

General-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Halbjahresbilanz
2. Verschiedenes.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats
Peters.

INSTRUMENTAL-VEREIN BURSCHEID

(Leiter: Kgl. Musikdirektor Ferd. Ris)

Sonntag, den 16. Oktober, nachm. 5 Uhr
in der Schützenburg

FEST-KONZERT

aus Anlaß des 120jährigen Bestehens

unter Mitwirkung von

Walter Schulze-Priska (Violine)
Mimy Schulze-Priska (Violine)
und des
Gemischten Gesangvereins Burscheid.

Im Programm: Werke von Beethoven Mozart, Mendelssohn, Spohr u. Händel.

Abonnementskarten, die auch zum Besuch des zweiten Vereinskonzertes berechtigen, 1,20 RM, Einzelkarten im Vorverkauf 75 Rpf. - Vorverkauf bei Rob. Reininghaus, Frau Berta Steffens, Hauptstr., Frau Jaspers, Hilgen, und den Vereinsmitgliedern.

Nach dem Konzert gemütliches Beisammensein.

Wallfahrt nach Kevelaer

mit dem Solinger Schnellverkehr (elegante Reiseautobusse)

Telefon 22233 Amt Solingen

am Donnerstag, den 13. Oktober 1932

Abfahrt vormittags 5.30 Uhr ab Burscheid katholische Kirche. Preis 3.50 RM. pro Person.

Anmeldungen an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Fahrpläne

zum Preise von 30 Pfennig sind zu haben in der Geschäftsstelle dieser Zeitung

Drucksachen

zu billigsten Preisen liefert die Buchdruckerei d. Zeitung



Haus

möglichst mit Garten in Burscheid zu kaufen gesucht.

Angebote unter **B. L. 66** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

3 Zimmer-Wohnung

1. Etage, schöne große Zimmer, sofort und **1 großes Einzelzimmer** zu November zu vermieten.

Wilh. Pieper, Hilgen.

Verhältnissehalber gebrauchte

Möbel und Herd

zu verkaufen.

Näheres bei

Aug. Schwiegelshohn
Herbergsplatz.

Wohnung

in Kleinhamberg, 4 Zimmer, mit Scheune, Garten u. Baumhof sofort oder später zu vermieten

Angebote unter „S 2" an die Geschäftsstelle dieser Ztg.

Freiw. Feuerwehr
Löschzug 3 Dierath.

Mittwoch, 12. Oktober, abends 8.30 Uhr,

Versammlung

im Vereinslokal.

Tagesordnung liegt vor.

Zahlreiches Erscheinen erwartet:

Wescher, Brandmeister.

Achtung! Achtung!



Es wird am **Mittwoch, den 12. Oktober,** nachm. von 5 bis 6 Uhr, an der Wirtschaft **H Prante in Hilgen** ein großer Transport von zirka

100 oldenb. Schweinen

das Stück von 6 RM an, auch größere Läuferschweine, spottbillig verkauft.

Kutsch, Bossel.

Bergischer Volksbote

Druck und Verlag von Hermann Claas, Burscheid — Burscheider Zeitung — Nr. 240 2. Blatt Mittwoch, 12. Oktober 1932

Feierabend

Wenn in den Geschäften, Büros und Fabriken die Geschäftszeit sich ihrem Ende nähert, entsteht regelmäßig eine merkwürdige Unruhe. Verstohlene Blicke mustern die heimlich hervorgezogene Uhr. Schnell überschlägt man, ob die Arbeit, die man gerade vor hat, noch fertig wird. Und merkwürdig, sie wird fertig, mag das vorher noch so unmöglich geschienen haben. Die Finger der Stenotypistinnen rasen in erhöhtem Tempo über die Tasten, die Federn der Rechnenden zaubern in ungeahnter Schnelligkeit Zahlen auf Zahlen hervor, hastig wird in der Expedition die Post versandfertig gemacht und das Fräulein vom Amt war nie so liebenswürdig, nie kam die Verbindung so schnell zustande.

Dann ist der ersehnte Augenblick da, die Schreibmaschine wird zugedeckt, die Bücher klappen, der Pinsel fliegt in den Leimtopf. Feierabend! Mit Kamm und Puderdose nehmen die Damen die mehr oder minder notwendigen Verschönerungen vor und die Mündchen plappern hastige Bemerkungen: „Kinder, beeilt Euch, es ist schon fünf Minuten drüber!" Und bald schreitet man elfengleich über die Straße.

Manche werden auf der Straße schon von treuen Begleitern erwartet. Freudiges Begrüßen, Händeschütteln, Unterhaken. Vergessen ist jegliche Geschäftsfrage, vergessen auch die Arbeit, die am nächsten Morgen wieder berghoch wartet. Und doch welch glückliche Menschen, die noch Arbeit haben. Manch trostloser und neidischer Blick derjenigen, die auch über die Straße schlendern und denen man ansieht, daß sie Erwerbslosigkeit zur Untätigkeit verurteilt, folgt ihnen . . .

Am anderen Morgen aber, wenn man wieder im Arbeitsraum erscheint, folgt die Kritik des vergangenen Abends und besonders die Damen haben sich dann so viel zu erzählen.

Zum ersten, zum zweiten und zum . . .

Das Fiasko der Zwangsversteigerung in dem vielbesprochenen Palais von Ihne in Berlin lenkt erneut die allgemeine Aufmerksamkeit auf die unhaltbaren Zustände, die sich aus der bisherigen Form der Zwangsversteigerung entwickelt haben. Bekanntlich mußte die Versteigerung der kostbaren Kunstschätze in dem alten Patrizierhause abgebrochen werden, weil der Ertrag der zur Auktion gestellten Stücke in keinem Verhältnis zu ihrem tatsächlichen Werte stand. An einem besonders eindrucksvollen Beispiel hat sich damit gezeigt, daß bei den heutigen Verhältnissen die Zwangsversteigerungen ihren eigentlichen Zweck nicht mehr erfüllen können. Noch viel schlimmer liegen die Dinge in allen den Fällen, in denen gewöhnlicher Hausrat oder andere Gebrauchsgegenstände zwangsversteigert werden. Vielfach haben sich auf diesem Gebiet untragbare Zustände entwickelt.

Der eigentliche Sinn der Zwangsversteigerung besteht ja darin, durch Verkauf der gepfändeten Gegenstände dem Gläubiger zu seiner Forderung zu verhelfen. Das ungeheure Anschwellen der Zwangsversteigerungen infolge der Not der Zeit hat nun zu einem krassen Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage bei den gerichtlichen Versteigerungen geführt. Dazu kommt die unverhältnismäßig große Belastung durch Kosten und Gebühren. Der Gläubiger kann froh sein, wenn ihm 10 Prozent des gesamten Auktionserlöses auf seine Forderung gutgeschrieben wird, während die restlichen 9 Zehntel von den Unkosten der Zwangsvollstreckung verschlungen werden. Als ein Beispiel für viele mag folgender Fall geschildert werden, der durchaus nicht etwa eine seltene Ausnahme bildet:

Wegen einer Forderung von 20 Mark, die sich durch Kosten auf 25 Mark erhöht, wird bei dem Schuldner ein neuer Schreibtisch im Anschaffungswert von 400 Mark gepfändet. Die Zwangsversteigerung erbringt insgesamt 20 Mark. Hiervon entfallen 17,23 Mark auf die Kosten, und nur 2,77 Mark werden dem Gläubiger übersandt. Dieser Erlös deckt weder die Kosten des Gläubigers noch die Kosten einer neuen Pfändung, so daß dem Gläubiger die Vollstreckung nicht nur nichts einbringt, sondern durch die Durchführung der Versteigerung sogar noch ein Schaden erwächst. Hinzu kommt, daß auf allen Zwangsversteigerungen eine gewisse Kategorie von Händlern eine beherrschende Rolle spielt, indem sie alle privaten Bieter nach Möglichkeit fernhalten und durch straffe Organisation untereinander die Preise niedrig halten. In dieser sogenannten „Brouge" werden die billig ersteigerten Sachen im Anschluß an die Auktion noch einmal im kleinen Kreise versteigert. Der Ueberschuß zwischen den Selbstkosten und dem Höchstgebot in der Brouge kommt in eine gemeinsame Kasse und wird später nach einem bestimmten Schlüssel verteilt. Obwohl sich der Staatsanwalt wiederholt mit diesen seltsamen Ausbeutermethoden befaßt hat, ist es bisher niemals gelungen, den Händler-Ringen ihr trauriges Handwerk zu legen.

Allzu häufig kommt es daher vor, daß die Zwangsversteigerung nicht einmal die Kosten in voller Höhe deckt, so daß der Schuldner seine gesamte Habe verliert und der Gläubiger sogar noch zuzahlen muß. Alle Reformvorschläge haben an diesen unglückseligen Zuständen bisher nichts zu ändern vermocht. Da der Staat mit 84 Prozent an den Gerichtsvollziehergebühren beteiligt ist und auch die Pfandkammern, die meist auf Grund besonderer Verträge mit der Justizverwaltung von Privatunternehmern betrieben werden, an einer Aenderung kein Interesse haben, ist es sehr schwer, eine grundsätzliche Reform herbeizuführen, die nicht nur für den Schuldner, sondern vor allem auch für den Gläubiger einen größeren Erfolg verspricht.

Tausend Gefahren am Wege

Die gesetzliche Unterlage

Nach der Reichsversicherungsordnung umfaßt die Unfallversicherung auch den Weg nach und von der Arbeitsstätte, der außerhalb des versicherten Betriebes liegt, sofern er nur mit der Beschäftigung im versicherten Betriebe in Zusammenhang steht. Neuerdings kann eine Leistungspflicht bei Wegeunfällen ganz oder teilweise verneint werden, wenn der Versicherte den Unfall durch ein eigenes Verschulden herbeigeführt hat. Der Begriff des Weges ist sehr weitgehend und daher sehr umstritten. Eine reichhaltige Judikatur der obersten Spruchbehörde beim Reichsversicherungsamt gibt über den Begriff des Weges einschlägige Auskunft.

Der Weg zur Arbeit

Ein Weg zur Arbeit braucht nicht unbedingt auf einer öffentlichen Straße begonnen zu werden. Er kann schon innerhalb eines Gebäudes oder auf einem umfriedeten Grundstück anfangen. Ein Weg zur Arbeit und selbstverständlich auch immer umgekehrt von der Arbeit beginnt, wenn der Versicherte seinen häuslichen Wirkungskreis verläßt und den Weg in der Richtung der Arbeitsstätte antritt. Die Arbeitsstätte muß Ziel resp. Ausgangspunkt des Weges sein.

Tanz und Arbeit

Wege aus eigenwirtschaftlichem Interesse sind nicht versichert. So ist z. B. der Weg von einer entfernt gelegenen Stadt, wo sich der Versicherte am Sonntag zum Zwecke des Tanzes aufgehalten hatte, zur Arbeitsstätte am Montag früh nicht als Weg zur Arbeitsstätte anzusehen.

Weg und Wohnung

In mehrstöckigen Mietwohnhäusern beginnt der Weg im Treppenhaus. Geht aber der Schwiegersohn, der im 4. Stockwerk wohnt, zum Schwiegervater im 1. Stockwerk zum Kaffeetrinken und erst dann von dort aus zur Arbeit, so ist der erste Teil des Weges nicht unfallversichert. Bei einem von mehreren Familien bewohnten Wohnhaus eines landwirtschaftlichen Gehöftes beginnt der Weg zur Arbeit erst vor dem Tore des Gehöftes. Gehört zu einer Wohnung im Mehrfamilienhaus eine eigene Treppe, so beginnt der Weg nach dem Verlassen des Hauses. Das gleiche gilt für Einfamilienhäuser, bei denen auch noch u. U. der Vorgarten ein Bestandteil der Wohnung ist, und somit den Weg erst nach Durchschreiten des Gartentores beginnen läßt.

Zwangswege durch Arbeit

Versichert sind alle Wege, die ein Versicherter wegen seiner Beschäftigung im Betriebe unternehmen muß. Der Versicherungsschutz entfällt, sowie der Versicherte die freie Wahl seines Aufenthaltsortes wiedergewonnen hat und im eigenen Hause oder anderswo seine eigenwirtschaftliche Tätigkeit wieder aufnimmt.

Weg und Schlafstelle

Besitzt ein Versicherter eine Schlafstelle neben seiner Familienwohnung, so ist nur der Weg von der Schlafstelle zur Arbeit und umgekehrt versichert, aber nicht der Weg zur Familienwohnung. Wohnt der Versicherte in einem Unterkunftsraum des Werkes oder Betriebes, so ist kein Weg nach oder von der Arbeit versichert.

Der Weg in der Arbeitspause

Alle Wege in der Arbeitspause, die dem Interesse des Betriebes dienen, sind versichert, wie z. B. Wege, die zur Ruhe, Erholung oder Stärkung dienen. Eigenwirtschaftliche Wege, wie z. B. zum Friseur, sind unversichert. Grundsätzlich anerkennt die Judikatur als versicherte Wege in der Pause die Wege zur Krankenkasse, zum Arzt, zum Aufsuchen einer zur Erholung geeigneten Oertlichkeit und zur Verrichtung der Notdurft. Der Weg von der Werkwohnung zum Mittagstisch ist unversichert.

Weg und Lohnempfang

Der Weg zum Lohnempfang eines fälligen Lohnes ist versichert, auch wenn ein Urlauber nur zu diesem Zwecke den Weg in den Betrieb macht. Geht aber ein Versicherter von der Arbeitsstätte weg, um anderen Ortes sich einen Lohnvorschuß zu besorgen, so ist dieser Weg unversichert, auch wenn es zum anderweitig gelegenen Betriebsbüro ist, weil dieser Weg als eine eigenwirtschaftliche Tätigkeit angesehen wird.

Der Weg der Werksbeurlaubten

Fragt ein Aussetzer, dessen Papiere im Betriebe geblieben sind, nach, ob er wieder mit der Arbeit beginnen kann, so ist der Weg zur Arbeitsstätte oder in das Betriebsbüro versichert. Anfragen Arbeitsloser um Arbeit bedingen für den Weg zum Betriebe noch keine Versicherung.

Eigenmächtige Wege

Unterbricht ein Versicherter eigenmächtig die Arbeit, um essen zu gehen, so ist der Weg zum Essen unversichert.

Das Geschäftsleben

wird nach einem „überaus miesen" Sommer wieder reger. Die Geschäftshäuser eröffnen mit neuen, schönen Artikeln die Saison und statten ihre Schaufenster zu wahren Sammlungen allerschönster Dinge aus. Doch diese Schau allein genügt nicht. Durch den Inseratenteil der Zeitung muß unbedingt nachgeholfen werden. Zeigen Sie an, was Sie zu verkaufen haben! Ersuchen Sie uns um Entwürfe! Holen Sie von uns Kostenanschläge ein! Bieten Sie Ihrer Konkurrenz die Stirn durch eine gut aufgezogene Werbearbeit durch die Zeitung!.

Aus der Heimat

Neuer Milchpreis

Nach einer Bekanntmachung des Herrn Bürgermeisters in heutiger Ausgabe ist der ortsübliche Milchkleinverkaufspreis für die ganze Gemeinde Burscheid auf 21 Pfennig festgesetzt worden.

Das städt. Wohlfahrtsamt

ist, worauf in einer Bekanntmachung in heutiger Ausgabe nochmals hingewiesen wird, Nachmittags, außerdem jeden Dienstag und Donnerstag den ganzen Tag, geschlossen. An den genannten Tagen wird Publikum nicht abgefertigt. Der Eingang zum Wohlfahrtsamt ist nur durch Zimmer 5. Die Anordnung wird strikte durchgeführt.

Wie und wo erreiche ich den Schulrat?

Der für den hiesigen Schulverband zuständige Schulrat Hövelmann in Remscheid-Lennep hat bis auf weiteres sein Amtszimmer im Lenneper Rathaus, Bahnhofstraße 7. Daselbst ist Schulrat Hövelmann auch fernmündlich unter Nr. 51 661 zu erreichen. Sprechstunden sind Donnerstags jeder Woche in dem genannten Amtszimmer von 3,30 Uhr nachmittags ab.

Mütterberatungsstunde in Hilgen

Am morgigen Donnerstag, nachmittags von 2 bis 3 Uhr, findet in der Schule in Hilgen eine Mütterberatungsstunde statt.

Ringen in Hilgen

Der kommende Samstag sieht den Hilgener Turnverein „Frischauf" in seinem zweiten Meisterschaftskampf. Der diesmalige Gegner ist der Kölner Klub für Kraftsport 1893, dem ebenso wie dem ersten Gegner ein sehr guter Ruf im Ringerkampf vorausgeht und der weit über die Grenzen seines Bezirks hinaus bekannt ist. Es ist derjenige Verein, der sich rühmen darf, zwei deutsche Ringermeister in seinen Reihen zu haben und zwar einen im Schwergewicht und einen im Federgewicht. Die Hilgener, denen man aller Voraussicht nach eine äußerst starke Mannschaft entgegenstellt, werden den Kampf sehr ernst nehmen müssen, wenn sie zu den ersten Punkten kommen wollen. Das soll nun nicht heißen, daß die vom „Frischauf" bisher enttäuscht haben, im Gegenteil, sie haben sich seit ihrem Bestehen tapfer und ritterlich geschlagen und manchen schönen Kampf siegreich bestanden. Aber dennoch ist zu berücksichtigen, daß die Gegner innerhalb des neuen Verbandes über die größere Erfahrung verfügen. Gegenüber dem ersten Meisterschaftskampf in diesem Verbande haben die Hilgener ihre Mannschaft umgestellt, von der man nun behaupten kann, daß sie mit guten Aussichten in den zweiten Kampf geht. Und wenn bei der Feststellung der Gewichte das Zünglein an der Wage richtet arbeitet, dann dürfte anzunehmen sein, daß die Punkte diesmal in Hilgen bleiben.

Der Kampf als solcher verspricht äußerst spannend zu werden, sodaß sich der Besuch dieser kraftsportlichen Veranstaltung lohnen wird, die am kommenden Samstag im Saale von Herrn Prante in Hilgen pünktlich um 8 Uhr abends ihren Anfang nimmt.

Wir wünschen den Hilgenern ein gutes Gelingen und würden uns freuen, wenn wir über einen Sieg berichtet könnten.

Konzert des MGV „Sängerbund"

Es sei schon heute darauf aufmerksam gemacht, daß der hiesige MGV „Sängerbund" sein diesjähriges Herbstkonzert am Sonntag, den 30. Oktober, abends 6,30 Uhr, im Saale des Hotels „Zur Post" (Inh. Otto Stoßberg) hierselbst veranstaltet. Es wirken mit der Männerchor „Germania" aus Opladen und der Bariton-Solist Herr Dr. Triloff aus Essen.

Neuhausbesitzer schließt Euch zusammen!

Die Arbeitsgemeinschaft der Neuhausbesitzer hält in den Tagen vom 29. bis 31. Oktober in Berlin eine Reichstagung ab. Die Hauptpunkte der Tagesordnung sind Gründung einer Reichsarbeitsgemeinschaft und Organisationsfragen. Am 31. Oktober findet mit dem Herrn Reichsarbeitsminister eine Besprechung statt, bei welcher die Notlage der Neuhausbesitzer nochmals eingehend geschildert und die Dringlichkeit staatlicher Hülfe nochmals verlangt werden wird. Der Verband hat bekanntlich bei allen Länderregierungen bereits entsprechende Anträge gestellt, ebenso sind von den kleineren Gruppen überall bei den entsprechenden Unterbehörden Anträge eingereicht worden.

Alle Neuhausbesitzer sollten sich in ihrem eigensten Interesse der Bewegung anschließen, bekanntlich besteht hier in Burscheid, Hilgen und Witzhelden eine Ortsgruppe, die auch in der nächsten Zeit wieder eine öffentliche Versammlung abhalten wird.

Welche Nummer und Marke hat Ihr gestohlenes Fahrrad?

Wer diese Frage der Polizei bei der Anzeigenaufnahme nicht zu beantworten vermag, kann kaum auf den Rückerhalt seines gestohlenen Fahrrades rechnen. Wenn die Polizei auch in der Lage ist, unter Zuhilfenahme der Signalementlehre und anderer polizeitechnischer Hilfsmittel nach einer unbekannten Person zu fahnden, so ist sie zur Erfolglosigkeit verurteilt, sobald sie tote Gegenstände, die in solch riesigen Mengen wie Fahrräder hergestellt werden, suchen soll. Die in den Städten gestohlenen Fahrräder wandern in den meisten Fällen aufs Land, wo hierfür ein Massenbedarf besteht. Etwa von der Polizei sichergestellte Fahrräder können sehr oft dem Eigentümer wegen dessen unzureichenden Angaben nicht zurückgegeben werden, da der Geschädigte aus dem angegebenen Grund nicht ermittelt werden kann. Deshalb: Notiere dir noch heute Marke und Nummer deines Fahrrades! Und vor allem: Stell es nicht ungesichert an Orte, die jedem zugänglich sind.

Die Hindenburg-Wohlfahrtspostkarte

hat in der Bevölkerung viel Anklang gefunden. Leicht begreiflich, da die Karte mit dem eindrucksvollen Hindenburgkopf und der eingedruckten 6 Pfg.-Marke, die das Tannenberg-Denkmal zeigt, nur 10 Pfg. kostet. 4 Pfg. Wohlfahrtsaufschlag fließt bekanntlich der Deutschen Nothilfe zu. Am 1. und 2. Oktober sind in den größeren Städten mit gutem Erfolg Straßenverkäufe der Postkarten durchgeführt, sodaß sich bereits viele Hunderttausende von Exemplaren in den Händen der Bevölkerung befinden. Die Karte wird auch jetzt weiter postalisch wie auch außerpostalisch durch die Wohlfahrtsstellen und Organisationen der Jugendpflege vertrieben. Der durch diese Stellen erzielte Wohlfahrtserlös dient zur Linderung der Wintersnot. So ist zu wünschen, daß auch weiterhin die Karte noch recht viel Absatz findet.

Die Wohlfahrtsbriefmarken kommen erst am 1. November ds. Js. heraus.

GDA fordert Wochenkarten für Angestellte

Die Tatsache, daß nach den inzwischen erfolgten weiteren Belastungen durch die Notgesetzgebung

Aus der Gemeinde Odenthal

Freiwillige Sanitätskolonne vom Roten Kreuz Odenthal

Die freiw. Sanitätskolonne vom Roten Kreuz Odenthal beabsichtigt, in allernächster Zeit wieder einen Unterrichtskursus in der ersten Hilfe bei Unglücksfällen zu veranstalten. Es ist wirklich eine ideale Sache, diesen Dienst am Nächsten zu erlernen. Herr Dr. Kerstien wird den Unterricht unentgeltlich leiten. Auch kann der Kursus im Jugendheim stattfinden. Das soll jedoch noch besprochen werden. Zu diesem Zwecke findet am Freitag, den 14. d. M. bei Nisius in Odenthal abends 8 Uhr eine Versammlung statt. Interessenten mögen sich bis zu diesem Abend bei den Mitgliedern oder in der Versammlung melden. Der Unterricht kann auch in dem Bezirk gehalten werden, aus dem sich die meisten Interessenten melden.

---

als wahrscheinlich angenommen werden darf, daß gegenwärtig mindestens 70—75 Prozent der Angestellten in ihrem Einkommen unter 200 Mark monatlich verbleiben, also finanziell kaum günstiger gestellt sind als die Arbeiter, hat dem GDA Veranlassung gegeben, zu wiederholtem Mal in einer Eingabe an die Reichsbahnverwaltung in eindringlicher Weise die Forderung nach Ausdehnung der Wochenkarten-Ausgabe auch für die Angestellten zu erheben.

Der kaufmännische Stellenmarkt in September

Nach den Feststellungen der Kaufmännischen Stellenvermittlung im Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband zeigte der kaufmännische Stellenmarkt in der ersten Septemberhälfte einige Merkmale der Beruhigung. Sie sind aber sowohl nach Gebieten als auch nach Fachgruppen uneinheitlich.

In Süddeutschland behauptete sich die im August einsetzende rückläufige Bewegung des Bewerberzuganges. In Mitteldeutschland liegt der Andrang etwa gleich August. In nordwest- und norddeutschen Wirtschaftsgebieten dagegen trat im September, gemessen an der Entwicklung im August, wieder eine fühlbare Belastung ein. An ihr hatten die Betriebe der Metallindustrie, Exportindustrie und hauptsächlich der hanseatische Exporthandel besonderen Anteil.

Das Vermittlungsgeschäft hielt sich in der ersten Monatshälfte allgemein im ganzen Reich in den Grenzen mäßiger Besserung. Die Besetzungsaufträge wurden etwas freudiger erteilt. Das Bild änderte sich aber fast augenblicklich am Tage der Reichstagsauflösung. Der Eingang von Besetzungsaufträgen wurde zögernd und stockte hier und da gänzlich. Neben den politischen Sorgen wirkte sich alsbald auch die Befürchtung aus, Kaufkraftschrumpfung als Auswirkung der Notverordnung könne den Konsum bedrohen und also die Ankurbelungsmaßnahmen der Regierung in sich aufheben. Dazu kam eine pessimistische Beurteilung der Geschäftslage der Exportgüterindustrie und namentlich in den Handelsunternehmungen der hanseatischen Wirtschaftsgebiete. Dementsprechend wurde die Entscheidung über Neueinstellungen häufig zurückgestellt. Auch will man zumeist die Ausführungsverordnung über die Zuteilung von Steueranrechnungsscheinen abwarten. Hoffnungen auf eine Entspannung des Stellenmarktes gründen sich demnach Ende September hauptsächlich auf den etwaigen Erfolg des steuerrechtlichen Teiles der Notverordnung.

Micky-Maus wird farbig

Wie aus Hollywood berichtet wird, macht Micky-Maus, der Liebling der Filmwelt, eine interessante Mauserung durch. Sie wird nämlich in Kürze farbig auf der Leinwand erscheinen. Vorerst will man mit den nächsten zehn Micky-Maus-Filmen einen Versuch in dieser Richtung machen. Sollten sich diese Filme gut einführen, so beabsichtigt man in Zukunft sämtliche Zeichentrickfilme bunt herzustellen.

Aus dem Rhein-Wupper-Kreis

Ermittelte Viehdiebe

Monheim, 12. Okt. Die Viehdiebstähle der letzten Zeit scheinen nunmehr durch das tatkräftige Eingreifen und die Zusammenarbeit der Polizei und Landjägerei mit der Kölner Polizei der Aufklärung entgegenzugehen. In dem Verdacht stehend, in der vorigen Woche in Blee ein Rind auf der Weide abgeschlachtet zu haben, wurden am Montag in Köln-Worringen zwei Personen festgenommen und in das Gefängnis Klingelpütz in Köln eingeliefert. Es handelt sich um mehrfach mit hohen Zuchthausstrafen belastete Einbrecher. Man fand bei ihnen ein Beil, mit dem die Tat ausgeführt worden war, ferner umfangreiches Munitions- und Waffenmaterial.

Verscheuchte Diebe

Tente (Rhld.), 12. Okt. In einer der letzten Nächte versuchten Diebe in ein Haus in Tente einzudringen. Sie brachen an der hinteren Seite des Hauses die Kellertüre auf. Die Spitzbuben sind jedoch nicht weiter vorgegangen. Anscheinend sind sie verscheucht worden. Es ist nichts gestohlen worden.

Keine Einheitsliste für die Kirchenwahl

Wermelskirchen, 12. Okt. Die Bestrebungen, für die bevorstehende Kirchenwahl eine Einheitsliste aufzustellen, sind fehlgeschlagen. In einer Gemeindeversammlung wurde beschlossen, neben der eingereichten Liste „Glaubensbewegung Deutscher Christen" eine zweite Liste einzureichen, in der im Gegensatz zur erstgenannten Liste auch Frauen sowie Personen aus allen Bezirken und Ständen vertreten sein sollen.

Ein Betrüger festgenommen

Wermelskirchen, 12. Okt. Der Betrüger, welcher unter dem Namen „Leihfeld aus Hagen i. W." vor einigen Wochen hiesige Landwirte schädigte, indem er ihnen angeblich im Auftrage der Firma Otto Meß in Remscheid bezw. Solingen sehr billiges Hühnerfütter und Lebensmittel verkaufte, die Rechnungsbeträge gleich kassierte und die Lieferung „vergaß", ist nunmehr nach weiteren umfangreichen Betrügereien in Hamm i. W. festgenommen worden. Es handelt sich um den im Juni ds. Js. vom Arbeitskommando in Lingen entwichenen Strafgefangenen Händler Gerhard Westbrock aus Ahlen i. W. Er wurde auch noch steckbrieflich gesucht. In seinem Besitz befanden sich falsche Papiere, lautend auf Wilhelm Dempki. Ferner war er im Besitz eines Fahrrades, das aus einem Diebstahl herrühren dürfte.

Aus der näheren Umgebung

Remscheid

Vier Schwerverletzte bei einem Verkehrsunfall

Gestern Abend, um 23,40 Uhr, stieß an der Ecke Hindenburg- und Lessingstraße ein in Richtung Stadtmitte fahrender Personenkraftwagen mit einem aus entgegengesetzter Richtung kommenden Straßenbahnwagen zusammen. Die vier Insassen des Kraftwagen mußten mit schweren Verletzungen dem Krankenhaus zugeführt werden. Die Schuldfrage ist noch ungeklärt.

Düsseldorf

Düsseldorf. Ein tödlicher Rausch. Hier ist ein bisher unbekannter Mann im Alter von ungefähr 50 Jahren, der in totaler Trunkenheit auf der Sittarder Straße aufgefunden und in die Hauptwache am Markt eingeliefert worden war, gleich darauf an Alkoholvergiftung gestorben.

Köln

Köln. Der Kalkerfelder Postraub ganz aufgeklärt. Die bereits angekündigte Festnahme des letzten Beteiligten an dem versuchten Raub auf das Postamt Kalkerfeld ist erfolgt. Es handelt sich um einen Postschaffner, der eingestanden hat, an den Vorbereitungen des Raubes zu einem erheblichen Teil mitgewirkt zu haben. Damit hat der Raubversuch zum Nachteil des Postamtes Kalkerfeld seine restlose Aufklärung gefunden. Den Beamten, die durch ihr mutiges Verhalten seinerzeit den Raub verhinderten, ist von der vorgesetzten Behörde eine Belohnung zugesprochen worden.

Köln. Diebe in der Gereonskirche. In der Nacht drangen durch Eindrücken eines Fensters Diebe in die Gereonskirche ein, raubten die Opferstöcke aus und machten sich am Altar und am Tabernakel zu schaffen. Es steht noch nicht fest, ob die Diebe, die durch die Beraubung der Opferstöcke zehn bis zwanzig Mark erbeuteten, sich Kirchengerät aneigneten.

Köln. Der Flugzeugabsturz fordert ein zweites Opfer. Morgens ist der Schriftleiter Paul Feinhals, der am Montag bei dem Flugzeugabsturz über dem Kölner Flughafen schwer verletzt worden war, gestorben. Paul Feinhals, der mehrere Jahre an der Münchener Illustrierten Zeitung tätig war, folgte im Juli einem Ruf nach Köln, wo er die verantwortliche Schriftleitung der Kölnischen Illustrierten Zeitung übernahm. Er ist der Sohn des Münchener Kammersängers Feinhals. — Zu dem Flugzeugabsturz erfahren wir noch: Der Pilot Vorländer war mit Feinhals aufgestiegen, um diesen umzuschulen. Das Flugzeug hatte schon mehrere Flüge hintereinander gemacht, und kam kurz nach dem Start in 30 Meter Höhe ins Rutschen, so daß es unmittelbar vor der Flugzeughalle auf das Rollfeld abstürzte. Bei dem Anprall ging die Maschine vollständig in Trümmer.

Westdeutsches

Krefeld. Motorrad gegen Personenauto. Nachmittags gegen 17 Uhr ereignete sich auf dem Nieper Weg an der Weggabelung bei Bousbell ein Zusammenstoß zwischen einem Personenauto und einem Motorrad. Der Motorradfahrer war auf der Stelle tot, während der Autoführer erhebliche Gesichtsverletzungen davontrug. Bei dem Toten handelt es sich um einen Bergmann aus Moers, der Frau und fünf Kinder hinterläßt. Die beiden Fahrzeuge wurden schwer beschädigt.

Oberhausen. Auf dem Bahnkörper tot aufgefunden. In den Morgenstunden des Dienstag wurde auf der Eisenbahnstrecke Oberhausen-Duisburg eine weibliche Leiche aufgefunden. Wie die Ermittlungen ergaben, handelt es sich um die 18jährige Franziska Retzki aus der Rehmerstraße in Alstaden. Ob Unglücksfall oder Selbstmord vorliegt, steht noch nicht fest.

Essen. Tödlicher Sturz vom Baum. Nachmittags stürzte der 41 Jahre alte Fritz Lohse aus Altenessen beim Eichelpflücken im Fürstenbergbusch an der Rahmdörne in Altenessen aus einer Höhe von etwa 10 Metern vom Baum ab. Mit lebensgefährlichen Verletzungen wurde er dem Marienhospital in Altenessen zugeführt, wo er inzwischen seinen Verletzungen erlag.

Essen. Selbstmord eines Kriminalbeamten aus gekränktem Ehrgeiz. Die Polizei-Pressestelle teilt mit: Mittags hat sich der Kriminalassistent Kruckow von der Essener Kriminaldirektion in seiner Wohnung zwei Brustschüsse beigebracht, an deren Folgen er kurz nach seiner Einlieferung in ein Krankenhaus starb. — Kruckow hatte den Auftrag, mit einem wegen Einbruchs festgenommenen Täter außerhalb des Dienstgebäudes Feststellungen zu treffen. Bei dieser Gelegenheit ist der Festgenommene dem Beamten entwichen. Kruckow hat sich bemüht, den Ausbrecher wieder zu ergreifen, was ihm aber mißlang. Er hat sich das so zu Herzen genommen, daß er in einem Abschiedsbrief erklärte, diesen Mißerfolg nur durch den Tod sühnen zu können. Er hinterläßt Frau und Kind.

Recklinghausen. Selbstmordversuch eines Polizeibeamten. Ein Polizeihauptwachtmeister des 8. Polizeireviers in Recklinghausen hat sich vormittags in einem Wäldchen an der Halterner Straße angeschossen. Der Beamte hat das Augenlicht verloren. Dienstliche Verfehlungen liegen nicht vor. Nach den polizeilichen Ermittlungen hat der Beamte in letzter Zeit an schwerer Gemütsdepression gelitten. Hier ist wohl auch der Grund zur Tat zu suchen.

Herten. Beim Aepfelpflücken tödlich verunglückt. Der 8jährige Schüler Pehn aus Scherlebeck stürzte in der Kaiserallee von einem Apfelbaum. Neben einem Armbruch zog er sich schwere innere Verletzungen zu. An den Folgen ist der Junge im Knappschaftskrankenhaus gestorben.

Koblenz. Tod durch Pilzvergiftung. Ein hiesiger Brauer, ein alter Pilzfreund, erkrankte abends plötzlich nach dem Genuß von selbstgesuchten Pilzen und starb trotz aller Gegenmaßnahmen nach zwei Tagen. Nur dem Umstand, daß er die Pilze, ganz gegen seine Gewohnheit, noch am späten Abend zubereitete, ist es zu verdanken, daß seine vier Familienangehörigen von der Vergiftung verschont blieben.

Bad Kreuznach. Ein Reichstagsabgeordneter zog die Notbremse. Ein bekanntes Mitglied des Reichstags und Versammlungsredner des Nahetals wollte von Langenlonsheim aus zu einer Parteiversammlung nach dem Hunsrück fahren. Aus Versehen stieg der Parlamentarier in einen falschen, naheaufwärts fahrenden Zug. Erst als dieser bereits eine große Strecke zurückgelegt hatte, bemerkte der Politiker seinen Fehler und zog kurzerhand die Notbremse. Er sprang aus dem Zug und floh über die Felder, ohne dem Zugpersonal Rechenschaft über sein Vorgehen abzulegen. Er rief den Beamten auf ihre lauten Vorhaltungen hin zu: „Meine Bauern sind mir wichtiger!" Tatsächlich erreichte der Abgeordnete noch seinen richtigen Zug. Allerdings wird das Verhalten des impulsiven Herrn noch unangenehme und kostspielige Folgen haben.

Eschweiler. Ein bewaffneter Einbrecher erbeutet Inflationsgeld. Als in der Frühe gegen 2 Uhr drei Bewohner der Mühlenstraße von einer Festlichkeit heimkehrten, trat plötzlich eine männliche Person in die Küche ein. Das Gesicht war mit einer schwarzen Maske bedeckt, in der linken Hand hielt der Unbekannte eine Pistole. Ohne ein Wort zu sagen, ergriff der unheimliche Gast mehrere auf dem Tisch liegende wertlose Inflationsscheine. Als die Bewohner sich vom ersten Schrecken erholt hatten und die Verfolgung aufnahmen, war der Täter spurlos verschwunden.

Mayen. Der Streit um den Bürgermeister Dr. Scholtissek, der bekanntlich nicht wiedergewählt wurde, nimmt immer heftigere Formen an. In seitenlangen Zuschriften nehmen die Bürger in den Lokalzeitungen für und gegen den Bürgermeister Stellung. Mehrere Mitglieder der Zentrumspartei haben ein Strafverfahren einleiten lassen, da sie von einem Anhänger des Bürgermeisters öffentlich beleidigt worden sind.

Bergheim (Erft). Von einem Güterzug erfaßt. Beim verbotswidrigen Ueberschreiten der Eisenbahngeleise wurde abends der Unternehmer Jakob Niessen aus Bergheim von einem rangierenden Güterzug erfaßt und überfahren. Dem unglücklichen Mann wurden beide Beine unterhalb der Knie abgefahren. In schwer verletztem Zustand mußte Niessen dem Krankenhaus zugeführt werden.

Herborn (Dill-Kreis). Autounglück. In der Nacht ereignete sich auf der Landstraße zwischen Dillheim und Katzenfurt ein folgenschwerer Autounfall, bei dem der Arzt Dr. Fritz Schütz aus Herborn den Tod fand. Sein Begleiter wurde aus dem Wagen geschleudert und kam wie durch ein Wunder mit dem Schrecken davon. Auf der glatten Chaussee geriet der Wagen ins Schleudern, fuhr gegen einen Baum und fiel die Böschung hinunter.

Olpe. Erwerbslose helfen sich selbst. In verschiedenen Orten des Kreises sind die Erwerbslosen dazu übergegangen, Geschäftsbetriebe in eigener Regie aufzumachen, veranlaßt durch die für sie kaum erschwinglichen Fleisch- und Brotpreise. Man gibt sich dabei der Hoffnung hin, nicht nur jetzt, sondern auch auf die Dauer die Preise für Lebensmittel niedriger gestalten zu können. Die Versuche in Grevenbrück und Bonzel sollen befriedigend ausgefallen sein. In Meggen werden außer einer Schlachterei auch zwei Brotfabriken errichtet. Ein größerer Betrieb ist ebenfalls in Finnentrop vorgesehen.

Burscheid, wie es der Fremde sieht

Mit einigen Mitgliedern unseres Sportvereins habe ich vergangenen Sonntag einen Ausflug nach Diepental gemacht. Nach dem üblichen Kaffeeschmaus sind wir talaufwärts marschiert, um zur Heimfahrt die Station Kuckenberg zu benutzen. Ein wirklich schönes Tal. Durch den Wiesengrund plätschert ein klares Bächlein, das den dorfliegenden Mühlen die Kraft gibt und der Diepentaler Talsperre zur Füllung dient. Abwechselnd an saftigen Feldern, Kuppen mit dunklen Tannen, kleinen Seitentälern mit Laubwald an den Hängen gehts auf schmalen Pfad an einzelnen im Grünen liegenden Häusern vorbei bis zur Irlermühle, die leuchtend im Tal, behäbig sich an den Berghang schmiegt und mit dem grünen Hintergrund einen höchst sauberen Anblick bietet.

Von hier aus haben wir den Weg zur Anhöhe eingeschlagen, um auf der Landstraße den dort gelegenen Bahnhof zu erreichen.

Voriges Jahr habe ich von Altenberg aus auf dem Eifgenweg das Städtchen Burscheid besucht und habe von dieser Wanderung so schöne Erinnerung, daß ich dieses auch berichten will.

In Bökershammer verließen wir den Pfad und kletterten durch einen Buschhang zur Höhe nach Burscheid. In Kaltenherberg erreichten wir eine schöne Landstraße, Höhenluft umwehte uns, der Horizont erweitet sich, über Täler und Höhen ging der Blick in die Ferne. Im Städtchen selbst saubere Straßen mit Vorgärten und blumengeschmückten Häusern. Am besten hat mir der Marktplatz gefallen. Inmitten eine alte aus Bruchsteinen erbaute Kirche und das Kriegerdenkmal machen einen ehrwürdigen Eindruck und die hübschen bergischen Häuser geben dem Ganzen eine schöne Umrahmung. Eines kommt mir etwas nüchtern vor, wäre es doch leicht möglich, auf dem erhöhten Teil an der Seite der Kirche, dem Denkmal als Hintergrund, einige Pappeln oder eine Ligusterhecke zu pflanzen und so das Ganze um eine Zierde zu bereichern! ! Was halten Sie davon?

In der Konditorei am Marktplatz haben wir restauriert und waren vollbefriedigt über die freundliche Bedienung, die uns zu Teil wurde. — In allem gut und preiswert.

Auch auf dem Weg zur Station Kuckenberg reiht sich ein Haus dem andern an, sich überbietend an Schönheit und Anmut. Links der Straße hat man einen Fernblick über immer flacher werdende Anhöhen und Taleinschnitten in das Rheintal. Die Kamine von Leverkusen, der Mülheimer Wasserturm und zuletzt der Kölner Dom kennzeichnen die dort liegenden Städte.

Ich schließe mit diesem Schreiben meine Eindrücke über Burscheid und hoffe, Ihren Anregungen einen Dienst erwiesen zu haben.

*

In den ersten Tagen des Monats Juni fuhr ich mit einer Sonntagskarte nach Hilgen. Von dort aus wanderte ich zurück der Bahn entlang über Oesinghausen, durch das Tal an der Thielenmühle vorbei nach Oelmühle. Dann stieg ich den Berg hinan nach Burscheid. Nach einer eingehenden Besichtigung des schmucken Städtchens „stärkte" ich mich im Deutschen Haus. Denn ich wußte noch von früheren Besuchen her, daß man hier aufmerksam bedient wird und ausgewählte Speisen und Getränke erhält. Hierauf bewunderte ich das prächtige Naturdenkmal (Rotbuche) an der Ecke des Postamts. An der Schule vorbei, die im bergischen Stil gebaut ist, ging es nun den ersten Weg links ab und weiter über Geilenbach durch das Wiesental bis Lambertsmühle. Dann etwas zurück über Haus Landscheid, das mir besonders durch seine einfachen Formen mit dem Wappen über der Türe, das auf einen alten Rittersitz schließen läßt, gefiel. Weiter nahm ich meinen Weg über die Straße nach Engelrat und Blecher nach Altenberg. Von der Schule aus hat man einen wunderbaren Blick über den im Tale liegenden Altenberger Dom. Von Altenberg aus wanderte ich den Flußlauf der Dhünn und Eifgen entgegen nach Markusmühle und von dort wieder nach Hilgen zurück, um von hier aus die Rückfahrt nach Düsseldorf anzutreten.

Burscheid

Deiner Gärten grünendes Gehege,
deiner weißen Blüten reiche Pracht,
deine Straßen, deine lichten Wege —
immer haben sie mich froh gemacht.

An den Hängen der verträumten Mühlen
finden wir die warm ersehnte Ruh,
denn hier lacht, damit wir froh uns fühlen,
bergische Art uns treu und herzlich zu.

Deine alten Giebel, deine Türme,
deiner neuen Häuser helles Kleid —
gerne such' ich sie, wenn harte Stürme
mich erschöpften in dem Alltagsstreit.

Gerne denk ich auch an viele Stunden,
froher Laune bleibenden Gewinn,
den ich schon in deiner Hut gefunden,
Ja, in dir herrscht edler Bürgersinn!

Der Reichskanzler vor der bayerischen Wirtschaft

„Vertrauen schafft Arbeit"

Der programmatischen Rede, die Reichskanzler von Papen heute vormittag im Phöbus-Palast in München hielt und die über alle deutschen Sender übertragen wurde, dürfte umso größere Bedeutung zukommen, als der Kanzler hier Gelegenheit hatte, vor den Vertretern der bayerischen Gesamtwirtschaft zu sprechen.

Fanfarenklänge leiteten die Kundgebung ein. Darauf nahm der Erste Vorsitzende des Bayerischen Industriellenverbandes, Geheimer Landesbaurat Böhlinger, das Wort zu einer Begrüßungsansprache, in der er dem Reichskanzler für sein Erscheinen in München dankte, die Bereitschaft der Industrie und der bayerischen Wirtschaft unterstrich, der von der Reichsregierung ausgegebenen Parole der freien Initiative der Unternehmer zu folgen und die Punkte hervorhob, in denen die Wirtschaft dem Programm der Reichsregierung, in Sonderheit den Kontingentierungsmaßnahmen kritisch gegenüber steht.

Darauf führte Reichskanzler von Papen u. a. folgendes aus:

Ich danke Ihnen für Ihre Einladung, die mir die Gelegenheit gibt, dem deutschen Süden den Ausdruck meiner Verbundenheit darzubringen. Ich bin Ihrer Einladung umso lieber gefolgt, als mir daran lag, durch meinen dem bayerischen Staat geltenden Besuch zu beweisen, wie fest ich durchdrungen bin von der Notwendigkeit der gleichen Mitwirkung aller deutschen Stämme an der Gestaltung des deutschen Gesamtgeschickes. Wir alle gehören untrennbar zusammen. Gleiches Schicksal, gleiche Sorgen verbinden uns und stärker noch als das Glück vergangener Zeiten hat uns das Leid der letzten 20 Jahre geeint. Was auch gelegentlich an Meinungsverschiedenheiten zwischen den deutschen Ländern oder zwischen den Ländern und dem Reich ausgetragen werden mag, davon bin ich am tiefsten überzeugt, daß keiner unter uns ist, dem nicht die deutsche Einheit das höchste und heiligste Gut über alle Sonderinteressen wäre, und es würde nicht der Erinnerung an die zwei Millionen deutscher Soldaten bedürfen, die für dieses Reich auf den Schlachtfeldern des Weltkrieges geblutet haben, um diese Einheit heilig und unantastbar für jeden zu machen.

Die Hoheit des Reiches in seiner Weltgeltung wieder zum Ausdruck zu bringen, ist die vornehmste Aufgabe der Reichsregierung. Die Herstellung der vollen Souveränität der Freiheit und der Gleichberechtigung eines großes Kulturvolkes, und ich darf hinzufügen, eines Volkes, das vier Jahre gegen eine Welt von Feinden für diese Freiheit mit ungeheurer Zähigkeit gekämpft hat, ist ein Postulat, das von keinem Staatsmann bestritten werden kann, dem die Heiligkeit der Grundrechte der Völker als das sicherste Unterpfand des Friedens gilt. Gerade weil wir den Frieden wollen, in dem allein wir wieder zur Wohlfahrt und Blüte gelangen können, fordern wir die Grundrechte der Freiheit und Gleichberechtigung, denn sie sind die elementare Voraussetzung für das Gedeihen auch der wirtschaftlichen Beziehungen innerhalb Deutschlands und unter den Völkern.

Augenblicklich steht das

Abrüstungsproblem

im Mittelpunkt des Interesses. Was bedeutet das für die Wirtschaft? Wir fordern gleiches Recht und gleiche Sicherheit wie alle anderen Völker. Wie kann unser Handel mit dem Auslande gedeihen, wenn der deutsche Staat dort nicht das gleiche Ansehen genießt wie jeder andere. Wer wird Kapital anlegen in einem Lande, das dem Zugriff seiner Nachbarn schutzlos preisgegeben ist? Das ist keine theoretische Erwägung. Es ist uns allen noch in furchtbarer Erinnerung, wie vor noch nicht zehn Jahren der Einmarsch fremder Truppen in unser Gebiet die Reichsmark auf den billionsten Teil ihres jetzigen Wertes stürzen ließ! Dies Beispiel genügt, um zu zeigen, daß wir in unserem Kampf um die Gleichberechtigung zugleich um die Grundbedingungen unseres wirtschaftlichen Daseins kämpfen. Es zeigt, wie Unrecht die haben, die uns vorwerfen, wir hätten durch unserer Forderung nach gleichem Recht und gleicher Sicherheit die Ruhe Europas gestört, und die, die jene elementare Forderung jedes Lebewesens bei uns unzeitgemäß und unklug fanden! Nein, ohne die Erfüllung dieser Forderung wird die Mitte unseres Erdteils stets ein Hort der Unruhe bleiben, eine schwärende Wunde am Körper Europas. Was wir wollen, ist keine neue Unruhe, kein Wettrüsten, kein kriegerisches Abenteuer, unser Ziel ist ein neues friedliches Europa, das geordnet ist nach den ewigen Gesetzen der Gerechtigkeit und Selbstbestimmung der Völker, auf die vertrauend wir 1918 die Waffen aus der Hand legten. Erst wenn die Völker unseres Kulturkreises in einem solchen Europa brüderlich nebeneinanderleben, dann werden die Grundlagen vorhanden sein für das wahre wirtschaftliche und politische Vertrauen, die Grundlagen eines neuen gemeinsamen Aufbaues der Welt.

Das

Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung

hat auch hier in Bayern in seinem Grundgedanken, dem Appell an die Verantwortungsfreudigkeit der Unternehmerschaft, an die privatwirtschaftliche Initiative, vollen Anklang gefunden. Ich darf, ohne eine Uebertreibung befürchten zu müssen, sagen, daß kaum eine Regierungsmaßnahme der Nachkriegszeit in ihrem grundsätzlichen Teil so starken und zustimmenden Widerhall in den Kreisen der Wirtschaft gefunden hat. Das schließt natürlich nicht aus, daß einzelne Teilgebiete dieses Programms kritisch beurteilt werden. Der Leitsatz auch des Wirtschaftsprogramms ist, Vertrauen zu schaffen, eine Auflockerung des Mißtrauens und des jede Unternehmungslust tötenden Pessimismus zu erreichen. Und ich glaube, daß der Anfangserfolg nicht ausgeblieben ist, ja sich bereits in einem Ausmaß eingestellt hat, der uns für die Zukunft hoffnungsvoll stimmen kann. Wie Ihnen bekannt ist, hat die Entwicklung des Arbeitsmarktes im vergangenen Monat mit einer Netto-Abnahme der Arbeitslosenzahl um 123 000 Arbeitslose abgeschlossen. Im Gegensatz dazu brachte der September des vorigen Jahres eine Zunahme der Arbeitslosigkeit um 140 000 Arbeitslose. Nun ist gewiß die sehr erfreuliche Besserung des Arbeitsmarktes das Ergebnis verschiedener zusammenwirkender Faktoren, die sich in ihrer Einzelwirkung nicht von einander trennen lassen. Aber wenn nicht nur neue Einstellungen von Arbeitslosen erfolgt sind, sondern vor allem auch, wie die Septemberstatistik des Arbeitsmarktes beweist, Entlassungen in großem Umfange vermieden werden konnten, die sonst um diese Jahreszeit üblicherweise eintreten, so darf man diesen Erfolg sicherlich in erster Linie auf das Konto der psychologischen Auswirkungen des Wirtschaftsprogramms verbuchen. Es hat die wirtschaftliche Risikofreudigkeit wieder belebt, es hat Arbeit und Brot geschaffen und wir stehen — das muß besonders betont werden — doch erst am Anfang der Möglichkeiten, die sich aus den Maßnahmen der Reichsregierung ergeben sollen.

Wenn Herr Hitler mit einer leichten Handbewegung erklärt hat, das wirtschaftliche Programm der Reichsregierung könne nach allen vorhandenen Anzeichen bereits jetzt als erledigt gelten, so sprechen die von mir wiedergegebenen Tatsachen über die Gestaltung des Arbeitsmarktes wohl ausreichend und deutlich überzeugend gegen diese Behauptung!

Zu den Teilgebieten des Wirtschaftsprogramms der Reichsregierung, die am heftigsten in der Oeffentlichkeit wie in den Kreisen von Industrie und Handel kritisiert worden sind, gehört die Handelspolitik. In dieser Beziehung kann ich nur wiederholen, was ich bereits in Münster erklärt habe: Den Gedanken einer grundsätzlichen Autarkie lehnt die Reichsregierung ab. Deutschland kann nicht auf seine weltwirtschaftlichen Beziehungen verzichten. Es muß jede Arbeitsgelegenheit ausnutzen, die ihm der Auslandsmarkt heute noch bietet. Aber diese Erkenntnis darf nicht hindern, Notstandsmaßnahmen zum Schutze unserer Landwirtschaft, zur Erhaltung ihrer Lebensfähigkeit zu treffen, wie wir sie im Reichskabinett für unvermeidlich erachtet haben. Jahrelang hat man eine Wirtschaftspolitik geführt, die die industrielle Erzeugung zum Schaden der agrarischen stark begünstigte. Heute handelt es sich darum, der landwirtschaftlichen Erzeugung Lebensbedingungen zu verschaffen, die sie vor dem vollen Zusammenbruch bewahrt. Wir wollen keinen Wirtschaftskrieg. Aber ich muß die Erwartung aussprechen, daß man sich vor allem im Auslande der besonderen Notlage unserer landwirtschaftlichen Bevölkerung nicht verschließt. Es gibt ein Mittel für die an der Einfuhr nach Deutschland interessierten Staaten, die deutsche Kontingentierungspolitik überflüssig zu machen, nämlich für einen fühlbaren Abbau des industriellen Protektionismus in der Welt sorge zu tragen. Wenn die Welt wieder bereit ist, in größerem Umfange deutsche Industrieerzeugnisse aufzunehmen und auf diese Weise der Weltmarkt wenigstens einem Teil unserer Arbeitslosen wieder Arbeit gibt, dann wird auch die Kaufkraft unserer Arbeiterschaft wieder steigen und die Aufnahmefähigkeit Deutschlands für landwirtschaftliche Erzeugnisse wieder wachsen. Wir können nur hoffen, daß die kommende Wirtschaftskonferenz die industriellen Zollmauern und die Währungsschwierigkeiten, denen eine so große Zahl von Ländern unterliegt, beseitigen wird, damit die einzelnen Wirtschaften nicht einer immer stärkeren Isolierung zugetrieben werden.

Eine weitere starke Kritik hat der sozialpolitische Teil des Regierungsprogramms erfahren. Man ist sogar so weit gegangen, daraus auf eine besondere Arbeiterfeindlichkeit der Reichsregierung zu schließen. Ich glaube, daß zum mindesten die Arbeiter, die nach dem von mir erwähnten Ergebnis des Arbeitsmarktberichtes vom September in Arbeit gehalten worden sind, diesen Vorwurf nicht erheben können. Wir verteilen keine „Milliardengeschenke an die Unternehmer", sondern wir haben nur das eine Ziel: möglichst viel Millionen von Arbeitslosen wieder Arbeitsmöglichkeiten und ausreichende Existenzmöglichkeiten zu verschaffen. Ich denke, daß der bisherige Erfolg des Wirtschaftsprogramms uns darin recht gegeben hat. Von „Systemen" kann keiner satt werden. Von wirtschaftlichen Planungsideen, die irgendwann in ferner Zukunft sich verwirklichen lassen mögen, wird kein Arbeitsloser von der Straße geschafft. Die so stark kritisierte Ermächtigungsverordnung der Reichsregierung soll die sozialen Einrichtungen leistungsfähig erhalten und ihre Verwaltung zum Nutzen des Versicherten vereinfachen.

Für den Winter hoffen wir, in der Arbeitslosenhilfe die Unterstützungssätze erhöhen zu können. Ueber das hier mögliche Ausmaß wird zurzeit beraten. In der Krankenversicherung sollen Bindungen, welche die frühere Reichsregierung den Versicherungsträgern bei den freiwilligen Mehrleistungen auferlegt hat, gelockert werden. Es ist auch in Aussicht genommen, in der Rentenversicherung an Stelle eines Teiles der früheren abgebauten Leistungen zunächst im beschränktem Umfange freiwillige Mehrleistungen zuzulassen, soweit das mit den Mitteln und Kräften der Versicherungsträger vereinbar ist. Die Reichsregierung prüft ferner, ob für die Kriegsbeschädigten und ihre Hinterbliebenen die Gewährung von freiwilligen Mehrleistungen erleichtert werden kann.

In ihrer ersten Erklärung hat die Reichsregierung den Satz geprägt, daß der Wohlfahrtsstaat oder — wie ich unmißverständlicher sagen möchte — der Verordnungsstaat so wie er in den letzten Jahren geworden ist, die moralischen Kräfte der Nation zu schwächen drohe. Die heftige Kritik, die dieser Satz gefunden, geht von völlig falschen Voraussetzungen aus. Wir sind der Ansicht, daß die Gesetzgebung des letzten Jahrzehnts in einem viel zu hohen Maße den Arbeitgeber aller Grade von der sittlichen Pflicht entlastet hat, zu allererst, und sei es auch unter großen persönlichen Opfern, für den Arbeitnehmer zu sorgen. Gerade indem der Marxismus die Wirtschaft planmäßig durch untragbare Lasten zerrüttet hat, ist er der Hauptschuldige an dem Zusammenbruch der sozialen Einrichtungen geworden. Der Sinn der sozialen Gesetzgebung muß sein, diejenigen Stellen, denen die Sorge für die wirtschaftlichen Schwachen obliegt, zunächst instand zu setzen für sie zu sorgen. An die Stelle des marxistischen Begriffs der staatlich reglementierten Fürsorge für jeden Bürger setzen wir den einer wahren christlichen Gemeinschaft. Das schwere Werk, die deutsche Wirtschaft wieder zu neuem Aufstieg zu führen, kann nicht ohne das Vertrauen des deutschen Volkes gelingen. Alle großen Leistungen der Geschichte mußten zu ihrem Gelingen von Vertrauen auf die Zukunft und auf die eigene Kraft getragen sein. Die sicherste Grundlage für das Vertrauen ist aber das Bewußtsein der eigenen Leistungsfähigkeit.

Vor allem aber kann ich dieses Vertrauen auf die uralte Erfahrung gründen, daß die reichen Kräfte des deutschen Volkes, namentlich seine unermüdliche Arbeitsamkeit, Deutschland immer wieder auch nach schwerster Krisenzeit zu neuer Blüte geführt haben. Diese unvergänglichen Kräfte wieder zu beleben und ihnen neue Aufgaben zu weisen, das ist das Ziel der Politik der Reichsregierung. Es ist klar, daß jede Besserung nur etappenweise erreicht werden kann. Jahre angestrengter und größter Sparsamkeit liegen vor uns. Die Stunde, da der Aufstieg aus der Tiefe des Tales beginnen soll, ruft alle Energien des Landes auf.

Ist es da nicht ein Verbrechen, wenn aus wahltaktischen, aus armseligen Parteirücksichten versucht wird, dieses Aufbauprogramm geistig oder materiell zu sabotieren? Wollen wir uns durch Wahlrücksichten Ruhe, Ordnung und Vertrauen in den Aufstieg der Nation rauben lassen? Ich bin der Ansicht, daß wir die Meinung des um Arbeit und Brot ringenden Volkes treffen, wenn wir dagegen mit drakonischer Schärfe einschreiten werden.

Ohne stetige politische Verhältnisse kann Handel und Wandel des Volkes nicht gedeihen. Die Weimarer Verfassung hat in einer Periode von 13 Jahren gezeigt, daß sie solche Verhältnisse nicht schaffen konnte. Ueberall ist die Erkenntnis verbreitet, daß die Zeit zu dieser Reform gekommen ist. Gerade von München her sind dankenswerte Anregungen gegeben worden. Alle unsere großen Parteien sind sich in der Erkenntnis der Reformbedürftigkeit der Verfassung einig. Wir wollen eine machtvolle und überparteiliche Staatsgewalt schaffen, die nicht als Spielball von den politischen und gesellschaftlichen Kräften hin und her getrieben wird, sondern über ihnen unerschütterlich wie ein „rocher de bronce", steht. Die Reform der Verfassung muß dafür sorgen, daß eine solche machtvolle und autoritäre Regierung in die richtige Verbindung mit dem Volke gebracht wird. Die Reichsregierung muß unabhängiger von den Parteien gestellt werden, ihr Bestand darf nicht Zufallsmehrheiten ausgeliefert sein. Das Verhältnis zwischen Regierung und Volksvertretung muß so geregelt werden, daß die Regierung und nicht das Parlament die Staatsgewalt handhabt. Als Gegengewicht gegen einseitige, von Parteiinteressen herbeigeführte Beschlüsse des Reichstages bedarf Deutschland einer besonderen Ersten Kammer mit festabgegrenzten Rechten und starker Beteiligung an die Gesetzgebung. Es wird erwogen, ob dieses Ziel durch Ausgestaltung des Reichstags erreicht werden kann. Heute ist das einzige Korrektiv gegen das überspitzte parlamentarische System und gegen das Versagen des Reichstages die Verordnungsgewalt des Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung. Sobald aber wieder stetige und normale Verhältnisse herrschen, wird auch kein Anlaß mehr sein, den Artikel 48 in der bisherigen Weise anzuwenden. Die Reichsregierung beabsichtigt, die Verfassungsreform im engen Einvernehmen mit den Ländern durchzuführen. Das Schwergewicht der Reform muß in der Beseitigung des allgemein, auch von bayrischer Seite beklagten Dualismus zwischen Reich und Preußen liegen.

Ich habe Ihnen in diesen kurzen Worten durchaus kein erschöpfendes Bild von der

Reichsreform

geben können. Ich habe nur Grundlinien umrissen, nach denen dieses Gebäude aufgeführt werden soll, das dem deutschen Volke hoffentlich auf lange Zeit eine feste Wohnung bieten wird. Die Reichsregierung wird den Verfassungsentwurf so fertig stellen, daß der neue Reichstag ihn bei seinem Zusammentritt vorfindet. Möge er beweisen, daß er diesen großen Aufgaben gewachsen ist! Lebensfähig sind nur diejenigen Einrichtungen, welche aufbauende Arbeit schaffen können. Die Väter der Weimarer Verfassung haben selbst die Erkenntnis besessen, daß sie das Schicksal des deutschen Volkes nicht allein in die Hände des Reichstages legen konnten. Sie haben in der Institution des Reichspräsidenten eine zugleich demokratische und autoritäre Gestalt geschaffen, die einzige, die sich heute auf eine Mehrheit des Volkes stützen kann. In den Händen des Reichspräsidenten liegt heute ihr Werk. Mit dem Eid, den er geschworen hat, ruht die Verfassung als Schicksal des Volkes in seiner Hand. Heute hat das deutsche Volk das Glück, einen Reichspräsidenten zu besitzen, in dessen ehrwürdiger Gestalt sich die tragenden Kräfte unserer Vergangenheit mit wahrer zukunftsvoller Führerschaft verbinden. Er ist heute der Hort allen Vertrauens im deutschen Volke.

Man hat gesagt, daß, im Zusammenhang der Nachkriegsentwicklung gesehen, der 13. August d. J. ein Schicksalstag gewesen sei. Jener Tag sollte der Synthese aller wahrhaft nationalen Kräfte dienen, welche die Reichsregierung seit Beginn ihrer Tätigkeit proklamiert, gefördert, erhofft hatte. Es galt die große und verdienstvolle Bewegung des Nationalsozialismus in die verantwortungsvolle Mitarbeit im Reiche einzugliedern. Aber unser Ruf hat keinen Widerhall gefunden. Es ist eine historische Fälschung, wenn heute behauptet wird, ich, der Kanzler, habe den Nationalsozialismus von der Ergreifung der Verantwortung fern gehalten. Das Angebot des 13. August gab der NSDAP einen Teil an der Macht im Reiche und Preußen, der ihr entscheidenden Einfluß gesichert hätte. Herr Hitler hat dieses Angebot nicht angenommen, weil er glaubte, als Führer einer Bewegung, die sich auf 230 parlamentarische Mandate stützt, den Kanzlerposten beanspruchen zu müssen. Er hat diesen Anspruch erhoben aus dem Prinzip der „Totalität", der „Ausschließlichkeit" heraus, dem seine Partei huldigt. Es ist deshalb eine ebenso falsche Darstellung des Tatbestandes, die richtig zu stellen ich die Pflicht habe, wenn die NSDAP behauptet, sie habe gar nicht alle Macht gefordert, sondern sei bereit gewesen, auch noch andere, nicht der Bewegung angehörige Männer an der Regierung zu beteiligen. Hätte ein solches Zugeständnis denn an ihrem Anspruch auf die ausschließliche Führung irgend etwas geändert? Es ist bekannt, daß der Herr Reichspräsident, dem allein die Berufung des Kanzlers zusteht, diesen Anspruch der Totalität abgelehnt hat. Warum er ihn abgelehnt hat, kann nicht zweifelhaft sein.

Als diese Reichsregierung vom Herrn Reichspräsidenten berufen wurde, habe ich das Prinzip einer grundsätzlichen neuen Staatsführung verkündet. Wir waren uns bewußt, daß das Reich und die Länder nur wieder gesunden werden, wenn es gelänge, dem politischen Willen des Volkes eine neue und bessere Ausdrucksform zu geben, als es das Werk von Weimar vermocht hätte. Ich sagte damals, daß konservative Staatspolitik eine Politik aus dem Glauben sei. Das Wesenhafte jeder konservativen Weltanschauung ist ihre Verankerung in der göttlichen Ordnung der Dinge. Das aber ist auch ihr grundsätzlicher Unterschied zwischen der Doktrin, welcher die NSDAP huldigt. Ihr Grundsatz der „Ausschließlichkeit des politischen Alles oder Nichts", ihr mystischer Messiasglaube an den wortgewaltigen Führer als den einzigen zur Leitung der Geschicke Berufenen gibt ihr den Charakter einer politischen Konfession.

Mir scheint, daß Namen und Personen heute

wo es um Deutschlands endgültiges Schicksal geht, völlig gleichgültig sind. Was die Nation fordert, ist dieses: Von einer Bewegung, die die nationale innere und äußere Freiheit auf ihre Fahne geschrieben hat, verlangt sie, daß sie in jedem Augenblick und in jeder Lage so handelt, als ob sie das geistige, soziale und politische Gewissen der Nation wäre. Handelt sie nicht so, handelt sie nach taktischen Gesichtspunkten, nach Gesichtspunkten der parlamentarischen Demokratie, der Massenwerbung mit der demagogischen Verhetzung, dann ist sie keine Bewegung mehr, dann ist sie politische Partei geworden. Und an Parteien ist das Reich doch wahrlich fast zugrundegegangen. Man kann eben nicht auf der einen Seite Massen und Majoritäten mitleidlos verachten, wie es Herr Hitler tut, und auf der anderen Seite sich der Parlamentsdemokratie unterwerfen, so unterwerfen, daß man mit dem Bolschewismus Resolutionen gegen eine nationale Regierung beschließt. Das Schauspiel der Reichstagssitzung vom 12. September ist der beste Beweis für den falschen Weg, auf den eine große nationale Bewegung sich begeben hat. Im Interesse des Volksganzen lehnen wir den Machtanspruch von Parteien ab, die ihre Anhänger sich mit Leib und Seele verschreiben wollen, und die sich als Partei oder Bewegung an die Stelle der deutschen Nation setzen wollen. Alle diese Schranken der Parteien und Klassen müssen fallen. Allen diesen starren Organisationen, die den lebendigen Körper des Volkes durchschneiden, muß wieder zum Bewußtsein kommen, daß sie Diener des Volkes und nicht seine Herren sein sollen. Deshalb sage ich: Wenn jemals eine nationale Bewegung eine Pflicht gehabt hat, dann ist es die, dem Reich bei seinem Kampfe um die Herstellung der Souveränität und die Herstellung der Ehre der Nation nicht in den Rücken zu fallen.

Wer sich in diesem Kampfe nicht eindeutig und geschlossen hinter die Regierung stellt, ist ein Feind des deutschen Volkes. Die Reichsregierung hat bei ihrem Antritt als oberstes Ziel ihrer Innenpolitik die Vereinigung aller wahrhaft nationalen Kräfte proklamiert. Das Ziel bleibt unverrückt bestehen muß bestehen bleiben um Deutschlands willen — auch wenn die Wege heute auseinanderführen. Die Reichsregierung ist entschlossen, den ihr vom Herrn Reichspräsidenten erteilten Auftrag der Neuordnung unseres Staats- und Wirtschaftslebens bis zum Erfolge durchzuführen. Sie hat dazu den Willen und die Macht und ich zweifle nicht, daß der Erfolg ihr das heute schon fühlbare Vertrauen der breiten Massen des Volkes vollends gewinnen wird.

Das Volk — Reich und Länder —, sie müssen das neue Deutschland bauen. So möge von den Alpen bis zur Memel der unsichtbare Kraftstrom des Heiligen Deutschen Reiches durch die Länder des sacrum imperium, der unzerstörbaren Idee eilen! Mit Hindenburg für ein neues Deutschland!

Das Neueste

Der angebliche Oskar Daubmann hat gestanden, nicht der wirkliche Daubmann zu sein. Der Verhaftete heißt Hummel und ist von Beruf Schneider. Er ist mit Oskar Daubmann zur Schule gegangen und hat gewußt, daß dieser gefallen ist. Hummel ist niemals in Afrika gewesen und der angebliche Bajonettstich rührt von einer Magenoperation her.

Die Stadtverwaltung in Duisburg-Hamborn war am 10. Oktober nicht in der Lage, die zweite Rate der Beamtengehälter zur Auszahlung zu bringen.

Die Stadtverwaltung von Wattenscheid konnte die fälligen Wohlfahrtsunterstützungen nicht voll auszahlen.

Reichsaußenminister Freiher von Neurath ist wieder in Berlin eingetroffen.

Der Stadtkommissar von Koburg hat die für nächsten Sonntag geplanten nationalsozialistischen Veranstaltungen verboten mit Ausnahme einer Kundgebung, auf der Hitler die Ehrenbürgerurkunde überreicht wird.

Der Anhaltische Landtag hat sich gestern bis nach den Reichstagswahlen vertagt.

Der bayerische Ministerpräsident Dr. Held hatte Dienstagabend zu einem Empfang geladen, der dem Reichskanzler und den Herren seiner Begleitung Gelegenheit geben sollte, mit führenden Persönlichkeiten der bayerischen Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, Kunst und des Schrifttums in persönliche Fühlung zu treten. Der Reichskanzler führte u. a. aus, die Reichsregierung sei entschlossen, aus den kulturellen Kräften der Länder den Nutzen zu ziehen, der aus ihnen gezogen werden müsse, wenn das deutsche Volk den Weg nach aufwärts wiederfinden solle.

Von der Besatzung des Feuerschiffes Fehmarn Belt wurde ein weiterer Toter der „Niobe" geborgen.

Der Berliner Landgerichtsrat Kleiner hat in Sellin auf Rügen Selbstmord begangen.

Am kommenden Sonntag finden in Frankreich für ein Drittel der turnusmäßig ausscheidenden Senatoren, d. h. für insgesamt 111 Sitze, Neuwahlen statt.

Im „Journal" erklärt Saint Brice, daß Herriot in London prüfen werde, wie weit die englische Einstellung der Entwicklung des französischen Abrüstungsplanes günstig sei, denn nichts wäre gefährlicher, als diesen Plan zu starten, wenn die englische Einstellung ihn zum Mißerfolg verdamme.

Die Unterredung zwischen Herriot und Titulesku soll zur Beseitigung aller französisch-rumänischen Mißverständnisse geführt haben.

Die „Times" heißt Herriot in einem Leitartikel willkommen, weil er mit seiner Reise nach London den wahrhaften Wunsch der französischen Regierung zur Zusammenarbeit zwecks Lösung der kritischen Lage zum Ausdruck bringe. Herriot könne überzeugt sein, daß die englische Regierung keinerlei Sonderversprechen abgegeben habe.

Die „Times" veröffentlicht ein gemeinsames Schreiben bekannter britischer Persönlichkeiten, die sich energisch für eine allgemeine weitgehende Abrüstung einsetzen.

Nach dem Genfer Berichterstatter der „Times" werde der neue französische Sicherheitsplan die Unterstützung von etwa 14 bis 15 Ländern finden. Den englischen Einwendungen gegen Sanktionen solle dadurch Rechnung getragen werden, daß diese rein festländisch-europäisch sein sollten.

Bei den schweren Arbeitslosenunruhen in Belfat (England) wurden 1 Mann getötet und über 50 zum Teil schwer verletzt 2000 Polizisten standen etwa 15 000 zum Teil mit Schußwaffen ausgerüsteten Arbeitslosen gegenüber Viele Geschäfte sind geplündert worden. Die Demonstranten legten Brande an, die ein solches Ausmaß annahmen, daß die gesamte Feuerwehr der Stadt eingreifen mußte.

Die Fabrik der englischen Fairey-Luftfahrtgesellschaft ist durch ein Großfeuer völlig zerstört worden. Neun Kampfflugzeuge im Wert von etwa 2 Millionen wurden vernichtet.

Der amerikanische Delegierte auf der Abrüstungskonferenz Norman Davis hatte in London eine einstündige Besprechung mit MacDonald über die Unterschiede zwischen dem britischen Abrüstungsplan und dem Hooverplan.

Um Mukden steht eine entscheidende Schlacht zwischen den chinesischen Freischärlern und japanischen Truppen bevor. Ueber Mukden ist der Belagerungszustand verhängt worden.

Meggen i. W. Kartoffeln statt Steuergelder. Wie der Bürgermeister des Amtes Bilstein durch Aushang bekanntmacht, ist es den Landwirten gestattet, rückständige Steuern durch Abgabe von Kartoffeln abzudecken. Die Kartoffeln werden zum Tagespreis berechnet und müssen von den Landwirten zur Wohnung minderbemittelter Familien gebracht werden, da die Steuern fast restlos für Unterstützungszwecke gezahlt werden müssen.

Münster. Der neue Musikdirektor: Georg L. Jochum. Der Theater- und Musikausschuß beschloß, dem Magistrat Georg L. Jochum zum Musikdirektor der Stadt Münster vorzuschlagen. Jochum wurde vom Magistrat daraufhin einstimmig zum Musikdirektor gewählt. Jochum ist 23 Jahre alt und hat bei seinem Probekonzert in Münster einen starken Eindruck hinterlassen. Der Bruder Eugen des neuen münsterischen Musikdirektors ist der musikalische Leiter der Berliner Funkstunde.

Bielefeld. Zum Brand in der Bodelschwinghschen Kolonie. Als Ursache des großen Brandes in der Bodelschwinghschen Arbeiterkolonie wird Brandstiftung vermutet. Das Feuer brach kurz nach 19 Uhr in einer Feldscheune aus, ergriff dann eine zweite Feldscheune um schließlich auf die große massive Scheune überzuspringen. Die Löscharbeiten waren infolge der ungeheuren Hitze und des Wassermangels sehr schwierig. Erst gegen 11,30 Uhr nachts konnte der Brand auf seinen Herd beschränkt werden. Etwa 10 000 Zentner Heu, 300 Zentner Stroh und 600 Zentner ungedroschenes Getreide waren vernichtet, außerdem eine große Dreschmaschine und der gesamte Inhalt der wertvollen Geschirrkammer. Das Vieh konnte rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden.

350-Jahrfeier des Koblenzer Kaiserin-Augusta-Gymnasiums

Das Kaiserin-Augusta-Gymnasium in Koblenz beging am Sonntag die Feier seines 350jährigen Bestehens. Einer Wiedersehensfeier des Vereins ehemaliger Schüler dieser alten, von den Jesuiten gegründeten Anstalt folgte ein Festakt in der Stadthalle, bei dem der derzeitige Leiter des Gymnasiums, Oberstudiendirektor Dr. Rieffert, nach einem Rückblick auf die Entstehungsgeschichte der Anstalt den humanistischen Bildungsgedanken in den Mittelpunkt seiner groß angelegten Festrede stellte. Der Feier wohnten neben den Vertretern der staatlichen und städtischen Behörden Vertreter der Universitäten von Köln und Bonn bei.

Das Wetter von heute und morgen

Noch überwiegend bewölkt, ohne nennenswerte Niederschläge, Temperaturen wenig verändert, schwache Luftbewegung.

Trostlose Kassenlage der Stadt Duisburg-Hamborn

Die 2. Gehaltsrate nicht gezahlt

Die städtische Kassenlage in Duisburg-Hamborn hat eine derartige Zuspitzung genommen, daß die Stadtverwaltung am 10. Oktober nicht in der Lage war, die zweite Rate der Beamtengehälter zur Auszahlung zu bringen. Es ist vorläufig die Regelung getroffen worden, daß Beamte und Angestellte mit einem monatlichen Nettoeinkommen bis zu 150 RM. 50 RM. ausgezahlt erhalten. Wie verzweifelt augenblicklich die Finanzlage der Stadt ist, zeigen die folgenden Zahlen. Die Fürsorgelasten in Duisburg-Hamborn haben im vergangenen Monat die bisher noch nicht dagewesene Höhe von 3,2 Mill. RM. erreicht. Die gesamten Steuereinnahmen erreichen augenblicklich im Monat den Betrag von 1 Mill. RM. Die Beamten- und Angestelltengehälter erfordern monatlich 565 000 RM., die Ruhegehälter 115 000 RM. Wenn man diese Zahlen mit den Fürsorgelasten vergleicht, so zeigt es sich, daß der städtische Haushalt nur noch vom Wohlfahrtsamt bestimmt wird.

Die Tochter tot, die Eltern schwer verletzt

Im 70-Kilometer-Tempo gegen das Straßengeländer

Nachmittags gegen 5 Uhr raste auf der Rheinuferstraße zwischen Boppard und Operspay ein Kölner Personenauto vermutlich beim Versagen der Steuerung im 70-Kilometer-Tempo gegen das Straßengeländer über die Böschung und blieb dann im Rheinufergestrüpp liegen. Von den drei Insassen — Vater, Mutter und Tochter — trug das 16jährige Mädchen schwere innere Verletzungen davon, so daß es sofort tot war. Die Eltern wurden mit schweren Verletzungen in ein Krankenhaus gebracht, wo die Mutter in Lebensgefahr schwebt. Der Wagen wurde völlig zertrümmert. Mit welchem Tempo das Auto die Rheinuferstraße entlangraste, geht daraus hervor, daß das eiserne Straßengeländer auf etwa 30 Meter fortgerissen wurde.

Brot als Zahlungsmittel in der Eifel

Die Landwirtschaft in der Eifel, besonders die vielen kleinen und Kleinstbauern, leiden infolge der schwierigen Absatzverhältnisse schon seit Jahren unter einem starken Mangel an Bargeld. Butter und Eier waren bisher die Hauptartikel, die der Bauer eintauschte, um wenigstens die allernotwendigsten Gegenstände für seinen Haushalt zu erhalten. Jetzt muß man sogar die Beobachtung machen, daß die Landbevölkerung ihr selbstgebackenes Brot gegen Ware anzubieten versucht. Noch stärker kann sich die Not der Eifelbauern nicht offenbaren.

Der Brilonер Brandstifter gefaßt?

In der Herberge in Brilon wurde ein 37jähriger Schreiner von auswärts festgenommen, der im Verdacht steht, die zahlreichen Brände der letzten Zeit angelegt zu haben. Die Ermittlungen der Polizei sind noch nicht abgeschlossen.

Der Fremdenverkehr im Rheinland im August 1932

Nach dem Bericht des Preußischen Statistischen Landesamtes über den Fremdenverkehr ist der Auslandsfremdenverkehr im Hauptreisemonat August 1932 außerordentlich stark zurückgegangen. So war die Zahl vo Uebernachtungen von Personen, die außerhalb Deutschlands ihren Wohnsitz haben, in Godesberg um mehr als ein Viertel geringer als im August 1931. Gestiegen ist die Zahl der Uebernachtungen ausländischer Besucher nur in Neuenahr und einigen kleineren Orten. Den größten Ausländerbesuch hatte, wie immer, Wiesbaden mit 22 318 Uebernachtungen; gegenüber 1931 sind das 7,1 Prozent weniger. Den Rückgang der Fremdenzahl, der in den verflossenen Monaten in fast allen preußischen Groß- und Mittelstädten beobachtet wurde, hat auch im August d. J. weiter angehalten. In Köln, das nach der Höhe seiner Fremdenzahl (39 469) wieder an zweiter Stelle stand, betrug die Abnahme 20.7 Prozent. Bei den meisten übrigen Orten mit starkem Fremdenverkehr bewegte sich der Rückgang zwischen 10 und 20 Prozent. Nur wenige Städte meldeten eine Zunahme, u. a. auch Trier, ohne aber die Besucherzahl vom August 1930 auch nur annähernd zu erreichen. Leider ist die Zahl der Auslandsbesucher in den meisten Groß- und Mittelstädten verhältnismäßig noch stärker gesunken als die Gesamtfremdenzahl. In Wiesbaden, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Bonn und Aachen — um nur die für den Auslandsfremdenverkehr besonders wichtigen Städte zu nennen — ist die Zahl der Fremden von jenseits der Reichsgrenzen prozentual beträchtlich stärker zurückgegangen als die Besucherzahl insgesamt. Eine Ausnahme machten nur Köln und Koblenz, bei denen umgekehrt der Besuch einheimischer Gäste in größerem Maße nachgelassen hat.

Deutschlands größter Schupo



ist der Oberlandjäger Dietz aus der Landjägereigemeinde Trier, dessen ungewöhnliche Größe von 2,05 Meter durch einen Vergleich mit einem normalen Kameraden besonders hervortritt

Von den Märkten

Amtl. Preisbericht der Kölner Produkten-Börse

Notierungen in Reichsmark für 100 Klg.
Frachtlage Köln (Dienstags und Freitags).

Köln a. Rh., den 11. Okt. Weizen rhein. (neue Ernte) 74—74½ Klg. 20,75, Weizen ausl. 24,25—24,75, Roggen rhein. 71—71½ Klg. (neue Ernte) 16,25, Roggen ausl. 18,50—19, Hafer hiesiger (neue Ernte) 14,25—14,50, Futtergerste ausl. 17—17,50, Wintergerste inl. 17,25—17,50, Sommergerste inl. 18—18,75, Mais grober 16,75, Mais kleiner 17,50, Weizenmehl 70% inl. 29,75, Rhein. Weizenbäckermehl (mit Auslandsweizen) 30,75, Roggenmehl 70% inl. 23,25—23,75, Roggenmehl 70% (mit Auslandsroggen) 25,75, Roggenschrot inl. 20,25, Roggenschrot (von Auslandsroggen) 20,50, Weizenkleie*) 8—9,75, Roggenkleie*) 7,25—7,75, Biertreber*) 10,75—11,50, Leinkuchenmehl 38%*) 11,50—11,75, Erdnußkuchenmehl 50%*) 11,75—12, Erdnußkuchenmehl 54%*) 12,75—13, Soyaschrot (extrahiert) 46%*) 11—11,25, Rapskuchen 38% 8,75, Palmkernkuchen lose 21% 9—9,50, Zuckerschnitzel lose 9,50—10, Rohmelasse 8,75—9,50, Wiesenheu inl. lose 4,50—5,20, Kleeheu inl. lose 5,60—6, Roggenstroh gepr.**) 1,30—1,50, Weizenstroh gepr.**) 1,30—1,40, Haferstroh gepr.**) 1,20—1,30. — *) Brutto mit Sack. **) Ab rheinische Station. — Stimmungsbericht: Anhaltende ruhige Stimmung drückte die Preise herunter und ließ nennenswertes Geschäft nicht aufkommen

Kölner Hauptmarkt

Köln, 11. Okt. Nachdem die letzten Hauptmärkte nicht mehr so übermäßig beschickt waren, hätte man wohl nicht mehr für dieses Jahr einen so reichlich mit Gemüse und Obst beschickten Markt wie heute erwartet. Während vor kurzem Landleute mit der zweiten diesjährigen Erdbeerenernte aufwarten konnten, brachten heute Bewohner des Rheingaues eine zweite Ernte von Himbeeren zum Markt, und zwar in größeren Mengen, Es ist angeregt worden, in der Markthalle mehr Inlandsware zum Verkauf zu stellen. Es kosteten im Großhandel: Kartoffeln, Industrie, gelb 2,40—2,70; Kartoffeln, blaue Nieren 5—6; gelbe 3,20—4; Odenwälder blaue 2,40—2,50; rote Nieren 5 RM der Zentner; Stangenbohnen 20—28; Strauchbohnen 18—23; Wachsbohnen 16—25; Salatbohnen 18—24; Erbsen 25; Feldsalat 12—20; Grünkohl 4—5; Rosenkohl 16—20; Weißkohl 1—1,5; Rotkohl 1,8—2; Wirsingkohl 2—2,5; Spinat 6—8; Steckrüben 3; weiße Rüben 3—4; Karotten 3—4; Zwiebeln 6; Einmachzwiebeln 15—18; Möhren 3—4; Tomaten 7—12; Sauerampfer 20; Kürbisse 4—5; Pfifferlinge 45; Semmelpilze 20; Champignons 25; Steinpilze 25—30 Pfg. das Pfund; Gurken 8—30; Rettich 3—4; Sellerieknollen 20; Kohlrabi 2—4; Blumenkohl 8—30; Kopfsalat 3—8; Endivien 4—7 Pfg. das Stück; Mangold 1,5—2,5; Rübstiel 2,5—3; Breitlauch 1—3; Möhrchen 3—6; Petersilie 3—4; Radieschen 2—3; Schwarzwurzeln 15—16 Pfg. das Gebund; Einmachgurken 20—50 Pfg. die 100 Stück; Kochäpfel 5—15; Eßäpfel 15—25; Kochbirnen 5—12; Eßbirnen 15—26; Zwetschen 18—24; Himbeeren 45; Pfirsiche 18—25; Baumnüsse 30—80 Pfg. das Pfund; Molkereibutter 1,20—1,30; Landbutter 1,10—1,15 RM das Pfd; Eier 7—11 Pfg. das Stück. An Auslandswaren: Holl. Stangenbohnen 37; ital. grüne Bohnen 12—15; Schwarzwurzeln 20—23; Tomaten 18—20 Pfg. das Pfd.; Gurken 35—40 Pfg. das Stück; Amerik. Aepfel Kiste 10—12; Apfelsinen Kiste 14—20; Zitronen Kiste zu 150 Stück 15—16; zu 300 Stück 24—30 RM; holl. Trauben 38—60; ital. 20—27; franz. 20—23; Brüsseler 90—100; Pfirsiche, spanische 30—32; Ananas 90—100; Pfirsiche 28—45; Bananen 20—25; Maronen 23—25; Haselnüsse 35—45; Feigen 22—25 Pfg. das Pfund.

Geschäftliches

Höchste Qualität, niedrigster Preis,

das sind die besonderen Vorzüge des seit über 50 Jahren bewährten und begehrten Dr. Thompson's Schwan-Seifenpulvers in dem bekannten roten Paket. Schwanpulver reinigt alle Weiß-, Bunt- und Woll-Wäsche schonend und leicht. Schwanpulver ist durch seinen hohen Seifengehalt das beste und billigste zum Abseifen, Schrubben und Scheuern. Ein Paket Schwanpulver kostet nur 24 Pfg., das besonders sparsame Doppel-Paket nur 44 Pfg. Und zum Bleichen und Klarspülen der Wäsche Seifix verwenden, Paket nur 14 Pfg. Benutzen Sie auch die reine und milde Schwan-Haushaltseife?

Diese Ausgabe umfaßt 10 Seiten
einschl. der Beilage „Aus dem Reiche der Frau"

Verantwortl. Schriftleiter: Willy Claas; für Provinz, Allgemeines und Sport: Josef Maaßen, beide in Burscheid.

Druck und Verlag: Hermann Claas, Burscheid, Mittelstraße 10.

Frauenwelt und Heim

Bist du dankbar?

Ueber Dankbarkeit sollte nicht geschrieben werden, denn sie ist eigentlich eine sehr selbstverständliche Angelegenheit; dennoch stellt sich das Schuldkonto des Menschen auf keinem Gebiete in solcher Höhe dar wie hier. Wir lehren unsere Kinder, „danke“ zu sagen; pedantisch sind wir in diesem Punkte — nehmen ihnen oft damit einen Teil der Freude über das Geschenkte. Sind wir Großen immer dankbar? Wir sollten es sein, wir sollten schon wie die Kinder wieder damit anfangen, viel öfter, als es geschieht, „danke“ zu sagen. Vieles im Leben ist selbstverständlich, und doch — ein „danke“ dafür ist so leicht und macht den andern immer froh.

Wo es aber vor allem fehlt — bei Situationen, die jeder von uns durchmacht, und wo es kaum einem von uns einfällt, dankbar zu sein.

Dem Arzt gegenüber, der uns aus schwerer Krise errettet hat. Der Schwester, die Tag und Nacht um uns gewacht hat. Du meinst, die sind bezahlt worden für ihre Dienste? Gewiß, aber — vielleicht geschieht es auch oft genug, daß sie über ihre Pflicht hinaus etwas geleistet haben. Wieviel Nervenkraft opfert der Operateur, der nicht weiß, ob seine geschickte Hand und sein Wissen hinreichen, um den Kranken durchzubringen. Ist diese Nervenkraft mitbezahlt? Oder ist das mitbezahlt, daß die Pflegerin dir immer wieder, wenn du mutlos wurdest, neue Hoffnung einflößte, dir Aufregungen fernhielt, u. a. mehr? Ging das nicht über ihre eigentliche Pflicht hinaus?

Da gab es so vieles im Leben, wo wir Dank schuldeten und doch nicht an Dank dachten. Immer nur dann, wenn wir diejenigen waren, die Wohltaten erwiesen oder sonst etwas geleistet haben, erinnern wir uns daran, daß doch eigentlich — der andere uns zu Dank verpflichtet wäre!

Dank verbindet die Menschen. Er baut gleichsam eine Brücke von einem zum andern, und das ist immer und in jedem Fall gut. Dank macht dem andern das Herz froh und jung. Er braucht auch durchaus nicht immer in kostbare Gewänder gekleidet sein. Ein Wort des Dankes, aus ehrlichem Herzen, ein Dankesbrief, ein dankbarer Händedruck — sie vermögen viel. In den meisten Fällen sind wir zu — bequem oder zu gedankenlos dazu. Zu stolz sollten wir niemals sein. Wenn es uns irgendwo schwer wird zu danken, dann — sollen wir es lieber ganz lassen. Und wenn wir danken, dann immer mit fröhlichem Herzen!

H. B.

Mode im Herbst

Der Einzug der Herbstmode ist diesmal etwas später erfolgt als im vorigen Jahre. Aber man kann in diesem Jahre besonders von einem Siegeszug der Mode sprechen, denn die neuesten Modelle sind so einfach und schön in der Linie daß sie keine weitere Fürsprache brauchen. Immer mehr bürgert sich der schlichte Prinzeßschnitt ein; Nähte und Teilungen verlaufen glatt durchgehend von oben nach unten. Das Weibliche wird neuerdings betont, durch volle, geraffte Ausschnittpartien und den Raglanschnitt, der sich rund über die Schultern legt.

Die Farbenauswahl ist reich gehalten. Schwarz und Weiß sind die unausrottbaren Favoriten und werden es wohl auch bleiben. Daneben gibt es eine Skala von roten Tönen, vom hellen „Koralle“ bis zum tiefen „Rubin“, dazu die Uebergänge zu der Modefarbe Braun: Rostfarben und „Buche“, ein tiefes Braunrot. „Tabak“ ist dagegen ein Ton, der schon in das Schwarze übergeht. Ueberraschend für den Herbst wird uns wieder Grau beschert, das nur für den Frühling vorbehalten schien. Es ist aber nicht so hell und heißt „Elefant“. Ueberraschend wirkt ein tiefes Lilablau, genannt „Tinte“; überhaupt ist Lila in allen roten und blauen Schattierungen die herrschende Farbe, und die Modeschöpfer warten ängstlich, wie das Publikum sie aufnehmen wird.

Die Stoffe haben sich mit den Farben erheblich verändert. Man hat sich sehr für gekrepptes Material entschieden, für „Hammerschlag“ und „Craquele“. Das sind die Seiden, in Wolle bleibt Afghalaine beliebt wie auch Jersey; für den Abend regieren besonders Krepp Adazone, Flamisol und Krepp elegant.

Die Mäntel werden viel aus Bouclé gearbeitet, auch aus Ratiné, Fresco und Grisley. Bemerkenswert ist es, daß die Mode sich ganz auf die schlechten Zeiten eingestellt hat, daß sie Wolle sogar für den Nachmittag bevorzugt, und daß jedes Abendkleid in ein Nachmittagskleid verwandelt werden kann, durch Jäckchen oder Aermel.

Tilly.

Genie und Ordnung

Für den feinnervigen Psychologen ist das Wort von der „genialen Unordnung“ von jeher ein Paradoxon gewesen. Totalität des Geistes schließt eine tiefe Erkenntnis der Gesetz- und Zweckmäßigkeit der Dinge in sich, deren Folgeerscheinung eine aus absolutem Selbsterhaltungstrieb und Schaffensdrang geborene Ordnungsliebe ist. Schöpferische Menschen wollen den Kopf frei haben für das Werden ihres Werkes, wollen ihre kostbare Zeit nicht an die Nichtigkeiten des Alltags geben. Suchen aber ist Kraftvergeudung, Systematik in äußeren Dingen Kraftersparnis. Dabei wird der Begriff der Pedanterie niemals mit der des Genies zu vereinen sein. In der ihm eigenen Durchleuchtung des Undurchdringlichen hat Rainer Maria Rilke den Kern des Problems zusammengefaßt: „Er war ein Dichter und haßte das Ungefähre.“ Harmonie ist aber nur da vorhanden, wo eine gewisse Planmäßigkeit des Handelns zu finden ist. Interessant ist ein Ausspruch Maria Theresias: „Die Ordnung ist die Seele vom Leben. Ohne sie gibt es nichts Gefälliges, nicht einmal Angenehmes. Man genießt nichts und ist in allem bedrängt. Ordnung ist alles. Sie ist die Seele der Geschäfte.“

Friedrich der Große und Napoleon forderten die Disziplin des inneren und äußeren Menschen, bekundeten durch ein bis ins Kleinste ausgearbeitetes System in Heer- und Kassenwesen, in Wirtschaft und Politik ihren Führergeist. Wenn ein einziges Rädchen stockt, steht die Maschine still. — Goethe war peinlich eigen in seiner äußeren Erscheinung und in seinen Wohnräumen, sehr exakt in seinen Aufzeichnungen. Der Ruf „nach den klaren Verhältnissen“ stammt von Gottfried Keller und ihr unendlicher Wert bewahrheitet sich in dem Wesen all dieser großen Menschen. Unter ihnen wird man auch selten einem Viel-Versprecher und Wenig-Halter begegnen.

Bei vielen weit über dem Durchschnitt stehenden Menschen zeigt sich eine stark ausgeprägte Genauigkeit in Geldsachen.

Für leicht reizbare Menschen bedeutet das Festhalten an bestimmten Gewohnheiten eine große Nervenschonung. Ordnung ist für sie Beruhigungsmittel. Suchen macht cholerische Leute rabiat, bringt Neurastheniker bis zum Lebensüberdruß. Strindberg läßt die Schwere seines Erlebens im „Traumspiel“ Wort werden. „Alles Schöne muß jetzt hinab, hinab in den Schlamm.“ Die junge Frau klagt über ihre Armut, die ihr verwehrt, ihr Heim zu schmücken. Darauf entgegnet ihr Mann: „Es gibt eine Art Schönheit, die nichts kostet, und wenn sie im Hause fehlt, so ist das die größte Qual für einen Mann, der Schönheitssinn hat.“ Die Gardinen, die unordentlich hängen, die Lichter, die schief im Leuchter stehen, die Streichhölzer, die nicht da sind. Oder der Aschbecher, der nicht ausgeleert ist, die Stühle, die nicht gerade stehen, dies alles ist ein Grund zur Mißstimmung. Sie wollten über Kleinigkeiten lächeln, aber diese Kleinigkeiten zermürbten sie und raubten ihnen die Schwungkraft. So leiden viele Ehen darunter, weil die „sogenannte Genialität“, in den Alltag übertragen, einen der beiden Partner zur Verzweiflung bringt.

Immer mehr und mehr führt der Existenzkampf der Gegenwart den ernsthaft Denkenden zu der Erkenntnis von unumstößlicher Wahrheit in dem weisen Worte vom „unschöpferischen Chaos“. —

Dr. Elisabeth Brüning.



„Hirtenschalmei“
Scherenschnitt von Hilde Knoll-Schulz

Für die Küche

Ein nahrhaftes und billiges Fischgericht sind: **Bratheringe.** Man bereitet die frischen Heringe genau wie andere Fische vor, salzt sie innen leicht und macht sie gar, indem man sie in Mehl wälzt und in heißem Fett brät. Zu Pellkartoffeln, Kartoffelsalat und grünen Bohnen gereicht, bilden sie eine schmackhafte Ergänzung. Es ist nun ratsam und vorteilhaft, wenn man die doppelte Menge Heringe einkauft und den Rest der Bratheringe dann sauer einlegt. Dazu bereitet man sich, je nach der Schärfe des Essigs, eine pikante Mischung aus Wasser, Essig, Zitronenscheiben, Lorbeerblatt und Pfefferkörnern, läßt alles zusammen aufkochen, erkalten und bedeckt damit die Bratheringe. Diese können 1—2 Tage in der Marinade durchziehen und ergeben dann mit Bratkartoffeln zusammen ein pikantes Abendbrot.

G.

Häusliche Krankenpflege

Leider sind sehr viele Menschen trotz der größten Liebe und Aufopferungsfähigkeit nur schlechte Krankenpfleger. Worauf kommt es bei der richtigen Krankenpflege an? Was soll vermieden und was unter allen Umständen beachtet werden?

Es ist immer richtiger, den Arzt zu früh als zu spät zu holen. Kommt ein Familienmitglied mit der Mitteilung, es fühle sich krank, nach Hause, so wird es unbedingt ins Bett gesteckt, und man mißt als erstes die Temperatur. Steigt das Fieberthermometer über 38 Grad, so ist sicherheitshalber der Arzt zu holen. Aber auch bei einer niederen Körpertemperatur ist noch nicht gesagt, daß die sich vorbereitende Krankheit bei der nächsten Messung nicht ungünstigere Ergebnisse zeigen wird. Den Arzt rechtzeitig und selbst, wenn es nicht nötig war, geholt zu haben, hat noch niemals gereut; das Gegenteil aber kann sehr schwerwiegende Folgen nach sich ziehen.

Jede Krankenpflegerin muß unter allen Umständen Ruhe bewahren. Es gibt Frauen, die durch ihre stete Sorge und fortwährendes Fragen nach etwaigen Wünschen den Kranken ermüden. Eine solche Pflege ist, mag sie noch so gut gemeint sein, nicht von Nutzen. Auch wenn die Lage ernst wird, wenn der Arzt im Nebenzimmer auf bestehende Gefahren aufmerksam macht, muß ein gleichmäßiges Benehmen und ein zuversichtlicher Ausdruck des Gesichtes bewahrt bleiben. Jeder Kranke ist ängstlich und seiner Umgebung gegenüber mißtrauisch. Diesem begreiflichen Verhalten muß von seiner Umgebung unbedingt entgegengearbeitet werden. Unerläßlich in der Krankenpflege, ja, das oberste Gesetz derselben, ist peinliche Sauberkeit. Gurgeln und Mundreinigung soll ihm dreimal am Tage zukommen. Gerade der Mund, das Eingangstor vieler Krankheitserreger, bedarf in Krankheitstagen besonderer Pflege. Nach jeder Mahlzeit sind alle Krümelchen sorgfältig zu entfernen, das Kopfkissen ist aufzuschütteln, das Laken glatt zu machen. Es empfiehlt sich auch, das Bettuch mit Sicherheitsnadeln zu spannen, damit es keine Falten werfen. Alles, was mit dem Kranken in Berührung kommt, ist zu desinfizieren. Sein Teller, seine Tasse, sein Besteck soll während der Dauer der Krankheit von keinem andern benützt werden. Handtücher, Taschentücher und Leibwäsche, die er benützte, sind, ehe man sie mit der andern Wäsche mengt, in einer heißen Lösung von Schmierseife zu desinfizieren.

In einem Krankenzimmer sollen alle störenden Geräusche und Gerüche hintangehalten werden. Stark duftende Blumen sind fortzustellen, Türen und Fenster, die Nebengeräusche hereinlassen, abzudichten. Ist das Licht grell und störend, so kann ein Papierschirm um die Lampe helfen. Eine richtige Krankenpflegerin stellt den Kranken in den Mittelpunkt des ganzen Haushaltes, macht ihn zur Hauptperson, richtet es aber so ein, daß er selbst nichts davon merkt.

Die Anordnungen des Arztes sind mit peinlichster Gewissenhaftigkeit zu erfüllen. Die Krankenpflegerin kann wertvolle Dienste leisten, wenn sie der Genauigkeit halber alle wichtigen Angaben sofort aufschreibt: es ist das die am Morgen und in den späten Nachmittagsstunden abgelesene Körpertemperatur, die Menge der Arzneien, die der Kranke einnahm und die Stunde, wann sie verabreicht wurden. Der behandelnde Arzt wird von einer solchen Genauigkeit der Krankenpflegerin angenehm und dankbar berührt sein und ihre unterstützende Mittätigkeit gerne anerkennen.

Ri.

Wollen Sie Blumenbinderin werden?

Grundbedingung ist der erfolgreich abgeschlossene Besuch einer Elementarschule. Doch ist eine weitergehende Schulbildung dem Beruf einer Blumenbinderin nicht abträglich, da kunstgewerbliche Belange nicht allzu weit von seiner Tätigkeit entfernt sind, und ein anspruchsvolles Publikum auch eine anspruchsvolle Arbeit erwartet und zu werten versteht. Eine leichte Hand, Geschmack, Formsinn sind unentbehrlich, außerdem freilich Verständnis für das zu verarbeitende Material. Eine Lehrzeit von drei Jahren ist dem Lehrling vorgeschrieben, die aber auf zwei Jahre abgekürzt werden kann, wenn der Lehrling eine höhere Schulbildung genossen hat und über sechzehn Jahre alt ist. Gelernte Gärtnerinnen, die eine einjährige praktische Tätigkeit hinter sich haben, brauchen lediglich eine Lehrzeit von einem Jahr zu absolvieren.

Das Gesetz schreibt allen Lehrlingen, die noch nicht 18 Jahre alt sind, den Besuch einer Berufsschule vor. Späterhin wird den Lehrherren aufgegeben, ihre Lehrlinge auf eine Fachschule zu schicken.

Hat sich nach einer fünfjährigen praktischen Tätigkeit einer fertig ausgebildeten Blumenbinderin besondere Befähigung und Neigung herausgestellt, so kann sie die höhere Lehranstalt für Blumenkunst besuchen, die sich in Weihenstephen bei München befindet. Wir sehen also, der Beruf einer Blumenbinderin ist an das rein Handwerksmäßige nicht gebunden, sondern verspricht Aussichten, Weiterkommen, Möglichkeiten. Die Beschäftigungsaussichten sind im Augenblick nicht die günstigsten, können aber durch jeden Konjunkturwechsel geändert werden. Eine Bewerberin um eine Lehrstelle wendet sich wohl zweckmäßig an die für sie zuständige Ortsgruppe des Verbandes deutscher Blumengeschäftsinhaber.

M.

Kleiderpflege muß sein

Im Sommer ist es ein Leichtes, seine hellen Kleidchen schnell einmal mit Wasser und Seife zu reinigen, doch unserer Winterkleidung, die zum größten Teil aus dunklen Wollgeweben besteht, muß bei der Reinigung größte Beachtung geschenkt werden. Es ist natürlich selbstverständlich, daß eine dunkle Stoffart weniger empfindlich ist und daher auch nicht so schnell schmutzt wie ein helles Gewebe, und gerade, weil man eben auf dunklen Sachen so wenig den Staub und Schmutz sieht, ist es von größter Wichtigkeit, seine Winterkleider sowie Mäntel von Zeit zu Zeit tüchtig durchzuklopfen und zu bürsten. Findet man nun einige Flecken darin, so zieht man das betreffende Kleidungsstück über ein Plättbrett und bürstet den Stoff mit Salmiakwasser oder Panamaspänen, schwarze Stoffe mit Kaffee oder Spirituswasser oder mit abgekochtem Efeuwasser scharf ab, so daß der Stoff feucht, aber nicht naß wird und plättet ihn dann gleich von links oder von rechts, aber dann mit einem aufgelegten Tuch. Ist es nun erforderlich, einmal diese dunklen Sachen — es ist natürlich nur von einfarbigen Sachen die Rede — ganz zu waschen, so ist es ratsam, sich vorher die vorhandenen Flecke mit einem weißen Faden zu umnähen, da diese im Wasser schwer zu erkennen sind. Dann wäscht man das Kleid oder das Blüschen usw. entweder in Gallseife oder Quillariarinde (bei sehr dunklen Farben ist letztere vorzuziehen). Zu beachten wäre, daß das Wasser zum Waschen nur lauwarm sein darf und das Spülwasser, welchem man etwas Salmiak zusetzt, die gleiche Temperatur haben muß. Ist das Kleid mit immer erneuertem Wasser gut nachgespült, drückt man es leicht aus (bitte nicht wringen!), hängt es auf einen Bügel, läßt es halb trocknen, um es dann von links gut zu bügeln. Befolgt man all diese kleinen Kniffe beim Waschen von dunklen Wollsachen, so kann man getrost die Angst und Sorge des Einlaufens ablegen und spart durch das Selbstwaschen das Geld für die chemische Reinigung. Nur durch regelmäßige Pflege seiner Kleidung kann man sie lange und vor allem immer gut erhalten.

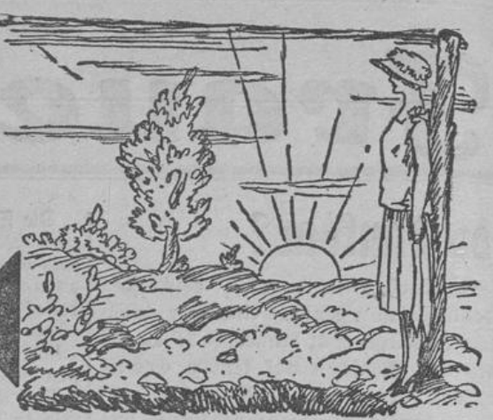
K. R.



MATA HARI

ROMAN VON ARNO FRANZ

URHEBERRECHTSSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER WERDAU · SA



3

Das Mädchen lächelte, dann sagte es: „Nun ist sie kaputt."

„Ach wo! — Das sind die Uhren für diejenigen, denen immer eine Stunde schlägt. Hören Sie, Juffrouw: tick-tack tick-tack. Bißchen laut, nicht wahr, aber sie geht doch. Die hören Sie aus der Tasche ticken. Ruhlaer Uhren sind nicht totzukriegen."

Im Weiterschreiten plauderte er: „Diese Uhren sind wie manche Menschen. Man kann Holz auf ihnen hacken, man kann sie treten und quälen und sie leben doch."

Das Mädchen seufzte.

Kara nickte ihm zu.

„Ich glaube es Ihnen. Wir auf der Schattenseite des Lebens haben immer zu seufzen."

Das Mädchen wollte erwidern. Aber da war der Bäckerladen schon. Es schwieg.

„Darf ich Sie nach Hause begleiten," fragte Kara.

Sie nickte und verschwand im Laden.

Als sie wieder herauskam, tat Kara sehr erstaunt.

„Was haben Sie da aufgepackt, Juffrouw! Der Deckel geht ja kaum zu. Hat Mevrouw einen so guten Appetit?"

„Wir haben Besuch."

„Sie Aermste! Nun haben Sie für drei zu sorgen."

„Für vier," sagte das Mädchen.

„Das ist ja noch schlimmer. Wohl recht anspruchsvolle Gäste?"

„Ach nein. Das Meisje ist sehr possierlich, aber Mijnheer ist dreist."

„Wenn man so hübsch ist, Juffrouw, ist das kein Wunder."

Sie errötete.

„Och, son Alter," sagte sie, „und wenn er doch schon 'n Mädchen hat! — Der ist ein ganz Schlimmer."

„Wieso — ein Schlimmer?"

„Wenn die Frau verreist ist, wohnt man doch nicht mit seinem Kinde bei — bei —"

Sie fand das rechte Wort nicht.

„Bei Verwandten," ergänzte Kara.

„Hm," machte das Mädchen und sagte: „Na ja."

Kara war plötzlich still geworden. Er wußte ja nun genug und dann machte ihm die ungewohnte Unterhaltung mit diesem Mädchen scheußliche Schwierigkeiten. Jeden Satz mußte er vorausdenken, um ihn so herauszubringen, daß er den üblichen Stil hatte. Und dieser Stil war nicht der seine.

Er war froh, als sie vor Dolly Bakkers Haus standen.

„Nun sind Sie so ruhig geworden," sagte das Mädchen.

„Es ist der Abschied, Juffrouw. Der macht nie froh."

„Muß es denn Abschied sein?"

„Sie meinen, wir könnten uns wiedersehn?"

Das Mädchen nickte.

„Gehen Sie heute mit dem Meisje spazieren? Das Dingelchen muß doch an die Luft. Oder führt es Mijnheer selbst aus?"

„Ach der," sagte das Mädchen. „Dem sind größere Meisjes lieber. Nach dem Frühstück fahren die Herrschaften nach Scheveningen zum Baden. Ich bin gegen elf im Vondelpark. Wenn Sie kommen wollen, ich sitze am Melkhuis."

Natürlich wollte er kommen.

* * *

Was nun, dachte Kara.

Leod und Hannele befanden sich bei Dolly Bakker. Der Vater hatte ein Recht an seinem Kinde, er hatte aber nicht das Recht, es ohne Wissen der Mutter bei einer Tänzerin unterzubringen. Das wußte er.

Hatte nun die Mutter das Recht, ihr Kind ohne Wissen des Vaters einfach wegzuholen? Das wußte er nicht.

Holland war ja nicht Indien und auch nicht Java. Das hatte er erfahren müssen, als er Arbeit suchte. Daheim war jeder zur Arbeit willkommen, der arbeiten wollte. Hier wurden erst Papiere und Ausweise verlangt, bevor man arbeiten durfte.

Es war hier ja alles so anders wie daheim. So wenig freundlich und so wenig erfreulich. Ueberall! In den Häusern und auf den Straßen, an deren Ecken Polizeileute standen, die finstere Gesichter machten.

Alles war anders, sogar die Sonne schien anders als in Indien.

Er kannte die impulsive Art seiner Herrin, die um ihr Kind bangte und keine Minute zögern würde, den Weg zu Dolly Bakker zu gehen.

Ob der Weg aber der richtige war, das mußte jemand entscheiden, der es wußte. Und Kara war entschlossen, solch einen entscheiden zu lassen.

Er klopfte bei Traute an.

Klingeln mochte er nicht. Das war aufdringlich und erschreckte.

Traute öffnete. Sie machte große, weite Augen, als sie ihn sah.

„Ich möchte bitten, Herrin, mitzukommen," sagte er.

„Gefunden?" fragte sie.

Er nickte.

Sie warf den Mantel über und ging mit ihm fort.

„Wohin, Kara?"

„Zu einem Anwalt," antwortete er und trug ihr seine Ansicht vor.

Da entschied sich Traute für Edward Philips, den sie von früher her kannte und dem sie damals oft in Gesellschaften begegnet war.

* * *

Sie hatten Glück.

Philips war anwesend und hörte die schöne Frau Mac Leod gern an.

Nachdem sie geendet, drehte er sich nach Kara um, der schweigend an der Tür stehen geblieben war.

In ihrer Erregung hatte Traute vergessen, ihn vorzustellen. Sie holte es nach, und der Anwalt dürfte kein Anwalt gewesen sein, wenn er nicht im Moment kombiniert hätte.

Nicht sehr freundlich fragte er: „Und was soll der Diener?"

Da sagte Kara: „Ich bin kein Diener mehr, Mijnheer, ich bin Dockarbeiter."

Noch unfreundlicher fragte Philips: „Was wollen Sie dann hier?"

„Wenn Sie gestatten, Mijnheer, Sie zu Klein-Hannele führen."

Traute fiel ein: „In meiner Not entsann ich mich seiner. Er ist es, der mir riet, mich eines Anwaltes zu bedienen und nicht übereilt zu tun."

„Und er weiß, wo sich ihr Töchterchen befindet?"

„Er behauptet es."

„Nun?" wendete sich Philips fragend an Kara.

„Bis kurz nach zehn in der Wohnung der Tänzerin Dolly Bakker — —"

Traute saß starr und Philips fluchte.

„— oder gegen elf im Vondelpark am Melkhuis," vollendete er.

„Woher wissen Sie das so bestimmt?"

„Das Mädchen der Bakker sagte es mir."

Da hellte sich das Gesicht Philips auf, und er bat den Inder, alles zu sagen, was er in Erfahrung gebracht hatte.

Der tat es.

Als er geendet hatte, sagte Philips:

„Ich wüßte mir auch einen anderen Beruf für Sie, als Dockarbeiter."

Kara hob die Schultern.

„Wir sind, was wir sind," antwortete er in seiner steinernen Ruhe, „nicht was wir scheinen. Auch Könige sterben."

Die Antwort hatte Philips nicht erwartet.

„Sie haben recht, Mijnheer," pflichtete er bei und tippte auf die Brust, da wo das Herz sitzt. „Darauf kommt es an. Auf nichts weiter. Wir Kulturmenschen vergessen das immer. — Bitte, setzen Sie sich doch."

„Vor meiner Herrin, Mijnheer?"

„Entschuldigung," sagte Philips zum anderen Male verwundert und fragte Traute: „Sind die da unten alle so?"

„Ich weiß es nicht, Herr Anwalt. Er aber ist so. Das ist das, was ihn mir wert macht."

„Verstehe ich vollkommen."

Philips besann sich einen Augenblick, dann sagte er, mehr zu sich, als zu den anderen: „Wie machen wir das nun?" und schwieg wieder.

Endlich schien er das Richtige gefunden zu haben.

„Zunächst müssen wir Ihr Töchterchen wiederhaben. Dann schlage ich vor, Amsterdam zu verlassen. Ich werde sofort Klage einreichen. Das hat in diesem Falle vor dem Militärgericht zu geschehen und geht sehr schnell. Es ist besser, die Parteien sehen sich während dieser Zeit nicht. Können Sie zu Ihrem Vater gehen?"

„Nein! So lange ich den Namen Mac Leod trage, ist das ausgeschlossen. Vielleicht nimmt mich meine Tante in Arnheim auf."

„Vielleicht, Mevrouw! Darauf kann man keine Häuser bauen. Wie heißt die Tante? Ich werde anfragen."

„Baronin Sweerts van den Landes."

Philips meldete das Gespräch an.

„Dringend, Juffrouw," bat er die Dame vom Amte.

„So, das wäre erledigt. — Und nun schlage ich vor, Sie lassen das Notdürftigste sofort zum Bahnhof bringen. Halb elf Uhr treffen wir uns am Blinden-Institut. Das liegt an Ihrem Wege und gleichzeitig am Vondelpark. Einverstanden?"

„Mit tausend Freuden, Herr Anwalt."

Sie trennten sich und während Traute und Kara die Treppe hinabstiegen, diktierte er seiner Sekretärin die Klage in die Maschine.

* * *

Auf der Straße nestelte Traute ihre goldene Uhr los. Es war ein Andenken an die tote Mutter. Sie betrachtete sie lange. Zwei Tränen perlten über die braunen Wangen, als sie sie Kara hinhielt.

„Bitte, Kara, verkaufen. Ich bin ganz ohne Geld."

„Ist sie Euch wert, Nonna?"

Sie nickte.

„Dann will ich sie beleihen lassen."

„Tun Sie das, Kara. — Einstweilen gehe ich voran. Sie wissen ja, wo ich wohne."

* * *

Mehr tot als lebendig kam Traute in ihrem Heim an, in diesen ermieteten Räumen, die ihr nicht gehörten, die so nüchtern waren und so unpersönlich.

Und doch hatte in diesen Räumen ein kleines Menschenkind gelacht und gejubelt, gejauchzt und geweint. Da war eine Seele in diesen Räumen gewesen und jetzt waren sie tot.

In hemmungslosem Schmerz warf sich die Aermste über das Bettchen ihres Kindes und weinte ihr Leid in die kühlen Kissen.

* * *

Als Kara eintraf, hatte Traute noch nichts gepackt.

Er sah sie elend und verzweifelt und ihn erbarmte ihrer. Ganz leise mahnte er:

„Wenn Ihr mir sagen wolltet, Nonna, wo die Koffer stehen?"

Traute sah ihn verwirrt an, dann besann sie sich.

„Ach ja, ich muß ja packen," sagte sie.

„Laßt mich das tun, Herrin. Es ist schon nach zehn. Der Anwalt solltet Ihr nicht warten lassen."

Er hing ihr den Mantel um und führte sie hinaus.

„Ich bin mit dem Gepäck am Bahnhof, Herrin. Die Schlüssel gebe ich beim Hauswirt ab."

Dann reichte er ihr das Täschchen.

„Bitte, vergeßt das nicht, Nonna. Geld und Schein sind drin."

Sie ging.

Er sah ihr nach, wie sie müde und haltlos Stufe um Stufe hinabschritt. Wie ein Schatten, wie etwas Wertloses, etwas Unirdisches.

Und in ihm war bitteres Leid.

* * *

Traute hatte sich an vereinbarter Stelle auf eine Bank gesetzt und erwartete den Anwalt. Ungeduldig und doch voll Freude, denn drüben über den Teichen, zwischen Pavillioen und Melkhuis, trippelte Hannele an der Hand des Bakkerschen Mädchens auf und ab.

Pünktlich auf die Minute erschien Philips. Er hatte einen Polizeiwachtmeister mitgebracht.

„So strahlend, Mevrouw," fragte er.

„Dort — sehen Sie — den Blondkopf neben dem Mädchen, das ist — —"

„Pfsst," fiel Philips ihr ins Wort. „Hoppla, hopp, Mevrouw, nicht so laut und hübsch langsam."

Traute sah ihn verständnislos an.

Philips wandte sich an den Wachtmeister.

„Das also ist Frau Hauptmann Mac Leod und dieses Blondköpfchen dort ist — wie Sie eben hörten — ihr Töchterchen. Herr Mac Leod hat sich vor einigen Tagen, während Mevrouw Einkäufe machte, mit seinem Kinde aus der Wohnung entfernt — natürlich ohne Wissen und Einwilligung seiner Gattin — und hat sich bei der Tänzerin Dolly Bakker einquartiert."

„So 'n Swineegel," sagte der Wachtmeister.

„Das denke ich auch. — Dann wären wir uns ja wohl über das Weitere einig?"

„Vollkommen, Mijnheer!"

„Dann avanti! — Wir gehen ganz langsam da hinüber und begegnen den beiden gewissermaßen als Spaziergänger. Das weitere werden wir sehen."

Sie taten wie Philips vorgeschlagen.

„Nicht so schnell, Mevrouw," mahnte er Traute, die immer drei Schritte vorweg war.

„Haben Sie doch Mitleid, Herr Anwalt."

„Haben wir auch, deshalb sind wir ja hier. Nur das Konzept möchte ich nicht verdorben haben."

Da beschied sich Traute und hielt mit den anderen Schritt. In gemessenem Abstande schlenderten sie hinter Hannele und dem Mädchen her.

„Ein liebes Dingelchen, das Kleinchen," sagte der Wachtmeister und Philips bemerkte:

„Das Melkhuis! Vorsicht! Ganz gleichgültig tun. Gleich werden sie sich umdrehen."

Es geschah.

Ein Stutzen, ein Erkennen, ein jubelndes:

„Mamali!"

Das Mädchen konnte Hannele nicht halten.

Die gehetzte Mutter hatte ihr Kindchen wieder.

* * *

Nun folgte noch ein profaisches Nachspiel auf dem Polizeibüro am Leidscheplain: die protokollarische Niederschrift der für Mac Leod so unangenehmen Sache, die Philips zur Klageerhebung benötigte.

Dann war das Bakkersche Mädchen entlassen, und Traute fuhr mit Klein-Hannele zur Tante Sweerts van den Landes nach Arnheim.

Noch auf dem Bahnhof hatte Kara zu Traute gesagt:

„Meine neue Adresse werde ich Euch wissen lassen, Nonna, für alle Fälle. Ich werde immer in Eurer Nähe sein."

Dann war auch er nach Hause gegangen.

4.

In Arnheim, einer der schönsten Städte Hollands, am Velper Weg, lag der Baronin Sweerts van den Landes prachtvoller Besitz.

Die rundliche Dame führte ein großes Haus. Adel und Finanz gingen bei ihr aus und ein. Auch die Großindustriellen, deren Arnheim eine ganze Anzahl besitzt, waren ihre Gäste. Sie selbst war hoffähig, und wenn man die Reserviertheit der Holländer, die in dieser Hinsicht mit den Hamburgern verwandt sind, und ihre Vorliebe für die Güter des Lebens kennt, weiß man, was das bedeutet.

Traute hatte nicht gut getan, sich zu dieser Tante zu retten. Leute, die unangefochten durchs Leben gehen, nicht, weil das ihr eigenes Verdienst ist, sondern, weil sie Glück haben, können sich nur schwer in die Lage derer versetzen, denen das Schicksal dauernd auf die Füße tritt.

Wo gibt es übrigens Menschen, die das Glück in ihrem Leben anderen gegenüber als Faktor gelten lassen? Selbst wenn sie das große Los gewinnen, rechnen sie sich das als Verdienst an.

In Wohlbehütetheit geboren und aufgewachsen sein, ist das große Los. Das hatte die Tante Baronin nie begriffen und würde es nie begreifen lernen.

Schon kurz nach der Begrüßung — die übliche Atempause hatte sie ihr gelassen — nahm sie die Nichte ins Verhör.

Traute mußte erzählen. Alles! Ihr wurde nichts geschenkt. Auch Java passierte Revue.

Die Baronin war eine aufmerksame Zuhörerin, aber auch eine sehr reservierte. Kein Wort des Mitfühlens wurde laut, auch kein Wort des Tadels.

„Wieviel trägst du nun Schuld an diesen unerfreulichen Verhältnissen?" das war alles, was sie fragte, als Traute geendet hatte.

„Wenn du sie mir alle aufbürden willst, Tante, muß ich mich ebenso bescheiden, wie wenn du mich nur für einen Teil verantwortlich machst."

„Was ist das nun wieder für eine Rede," antwortete die Baronin pikiert. „Ich mache dich überhaupt nicht verantwortlich. Ich frage nur. Ganz schuldlos ist weder Mann noch Frau an einer zerfahrenen Ehe. Es interessierte mich zu wissen, wie weit du dich als schuldig bekennst. Wir werden ja sehen, wie die Gerichte entscheiden."

Traute antwortete nicht.

Wenn einen ein hartes Erleben kleingehämmert hat, muß man schweigen, und wenn man Gnadenbrot ißt, erst recht.

Was hätte sie sagen sollen?

Ihre Augen waren umschleiert. In verhaltenem Weinen zitterten die Lippen. Bescheiden und demütig saß sie vor der gestrengen Frau Tante.

„Und nun möchte ich dir noch einige Verhaltungsmaßregeln geben," sagte diese, „die ich dich bitte zu beachten. Strengste Reserviertheit dem Personal gegenüber! Nach außen hin giltst du als Besuch. Von den Amsterdamer Zuständen hat niemand etwas zu erfahren, von den gerichtlichen Schritten erst recht nicht. Für immer wirst du ja nicht hier bleiben können. In unangenehmes Gerede möchte ich nicht kommen."